



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Sinnvolle Perspektiven schaffen

Bayerns Städte erachten eine Reduzierung der Migrantenanzahl zwar für erforderlich, lehnen jedoch eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen ab. Dies erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags und Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly bei einer Pressekonferenz in München.

Laut Maly wären ohne den „kommunalen Pragmatismus“ die Herausforderungen der vergangenen Monate bei der Aufnahme von Menschen nicht so gut gemeistert worden. Ohne die Fähigkeit zur Improvisation der Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen und Ehrenamtlichen hätten Flüchtlinge und Asylbewerber nicht so schnell Schutz und Hilfe bekommen. Die Kommunen seien stets konstruktive und verlässliche Partner gewesen, um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu schultern. „Das funktioniert nur, wenn Kommunen für ihre Aufgaben ausreichende Mittel zur Verfügung bekommen – da stehen Bund und Freistaat in der Pflicht“, betonte der Städtetagschef.

Krisenmodus

Nach Malys Worten sind die Möglichkeiten der Kommunen begrenzt, ja sogar an zahlreichen Orten in Bayern bereits überschritten – man denke nur an die grenznahen Regionen wie Passau, Freilassing, Traunstein oder Rosenheim. Dabei dürfe im aktuellen Krisenmodus wegen der Erstunterbringung auf keinen Fall eine dauerhafte Herausforderung aus dem Blick geraten, so Maly: „Integration ist ein langer Prozess, der Kommunen, aufnehmende Gesellschaft und Einwanderer fordert. Bayerns Kommunen können Integration, aber das funktioniert nicht zum Nulltarif. Gerade befassen sich Städte und Gemeinden mit der Aufstellung der Haushalte für 2016. Sie müssen zusätzliche Personalstellen planen, um die soziale Betreuung sicherzustellen und die ordnungs-

gemäße Verwaltung zu gewährleisten.“

Die Kommunen dürften nicht mit den Kosten allein gelassen werden: Aus den Mitteln für die Familienpolitik müssten sie zur Schaffung von zusätzlichen Kindertagesplätzen Geld erhalten; bei den Schulen sei der Freistaat zusammen mit den Kommunen gefordert. Laut Maly sind für Kinder und Jugendliche Kitas und Schulen die erste Integrationsinstanz.

Personalaufwand

Darüber hinaus entstünden Kosten für Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, Sprachkurse, Integrationsangebote und Berufsbildung – all dies koste den Kommunen viel Geld und bedeute einen zusätzlichen Personalauf-

wand in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern und Sozialämtern.

Maly: „Personalkosten für Jobcenter, Kosten der Unterkunft und Hartz IV-Leistungen für an-



Dr. Ulrich Maly.

erkannte Flüchtlinge und Asylbewerber werden auf die kommunalen Kassen durchschlagen. Der Bund ist sich noch nicht über Geschwindigkeit und Umfang der Folgekosten im Klaren, die auf

uns zukommen. Die Kommunen müssen entlastet werden, sonst drohen langfristige Risiken für kommunale Haushalte.“

Zudem unterstrich der Städtetagsvorsitzende, dass kreisfreie Städte und Landkreise bei der Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge nicht auf den Kosten sitzen bleiben dürften. Bislang sei der Freistaat nicht bereit, die Kosten für (inzwischen) junge Volljährige zu übernehmen, die ursprünglich als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bayern gekommen sind. Auch sei Bayern nicht gewillt, die gesamten Verwaltungskosten entsprechend der Belastungen zu erstatten.

Koordination

Ein weiteres Beispiel ist die Koordination von Ehrenamtlichen. Wie Maly hervorhob, hätte das Land ohne das ehrenamtliche Engagement die Herausforderungen nicht bewältigt. Ehrenamtliches Engagement benötige Anleitung und Koordination, hier seien die Kommunen in Vorleistung getreten: „Nun ist die Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat und die Weiterleitung von Bundesmitteln nötig, um die Angebote aufrecht zu erhalten.“

Mit Blick auf die immer drängendere Wohnungsnot vor allem in den Universitätsstädten und Ballungsräumen plädierte Maly für mehr finanzielle Mittel. Insbesondere (Fortsetzung auf Seite 4)

CSU-Parteitag in München:

Migration, Leitkultur und Integration

„In schwierigen Zeiten zeigt sich einmal mehr: Deutschland braucht das starke Bayern“, betonte Ministerpräsident Horst Seehofer, der beim CSU-Parteitag in München von den über 1.000 Delegierten mit 87,2 Prozent erneut zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Laut Seehofer, der die Flüchtlingspolitik als die zentrale Herausforderung der Gegenwart bezeichnete, „erwarten die Menschen, dass wir handeln“. „Auch wenn die Herausforderungen groß sind, wir sind in der Lage sie zu meistern.“

Gleichzeitig forderte der CSU-Chef (Stellvertreter sind die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, die Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Angelika Niebler, der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber sowie Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl), dass die Flüchtlingspolitik nicht mit dem Kampf gegen den Terrorismus verengt werden dürfe: „Die Flüchtlingskrise hat viele Gesichter. Das Thema eignet sich nicht für eine schwarz-weiße Betrachtung.“

Humanität

Einstimmig beschloss der Parteitag den Leitantrag „Deutschland braucht das starke Bayern. Migration - Leitkultur - Integration“. Grundlage der Flüchtlingspolitik der CSU seien Humanität, Integration und eine Begrenzung der Zuwanderung. „Wir müssen anständig umgehen mit den Menschen, die zu uns kommen, wir müssen sie gut versorgen. Die Humanität steht einer christlichen Partei gut zu Gesicht“, erklärte Seehofer. Der Parteivorsitzende lobte den außerordentlichen Einsatz der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingskrise: „Das war eine humane Visitenkarte unseres Landes. Darauf bin ich stolz.“

Bei der Integration habe Bayern in der Vergangenheit Herausragendes geleistet, so der Parteivorsitzende. Für die anstehenden Herausforderungen habe man ein einzigartiges Integrationspaket aufgelegt.

Seehofer warnte aber auch davor, Staat und Gesellschaft zu überfordern. Deshalb sei eine

Kontingentierung und Obergrenze bei der Zuwanderung notwendig: „Wir werden die großen Aufgaben auf Dauer nur leisten können, wenn wir mit der Kultur der Vernunft eine Begrenzung der Zuwanderung erreichen“, sagte Seehofer. „Niemand kann gezwungen werden, mehr zu tragen, als er tragen kann.“

Verantwortung

Die CSU fordert vor allem auch arabische Staaten auf, sich ihrer Verantwortung nicht länger zu entziehen, sowohl was die Flüchtlingsaufnahme wie die finanzielle Unterstützung betrifft. Ferner soll- (Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Bundeskongress in Saarbrücken:

Zauberwort Nachhaltigkeit

Unter dem Motto „Stadt. Land. Nachhaltig.“ wurden in Saarbrücken auf dem Kongress-kommunal und der Bundesvertreterversammlung der KPV aktuelle kommunale Themen diskutiert und unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit geprüft. Außerdem stand die Wahl eines neuen Vorstands auf der Agenda. Mit der überwältigenden Mehrheit von 99,3 % bestätigten die rund 500 Delegierten KPV-Bundesvorsitzenden MdB Ingbert Liebig in seinem Amt. Die bayerischen KPV-Vertreter Gerhard Weber und Georg Huber fungieren erneut als Beisitzer.

Verabschiedet wurde auf der Bundesvertreterversammlung der Leitantrag „Stadt. Land. Nachhaltig“, der Vorschläge macht, wie in Zukunft die hohe Lebensqualität in Deutschlands Städten, Ge-

meinden und Kreisen bewahrt und auch zukünftigen Generationen ermöglicht werden kann.

„Wir wollen einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen und der Gesundheit der Men-

schen, einen effizienten Einsatz der Güter und der Rohstoffe, den Erhalt der Natur und der Umwelt“, heißt es in dem Leitantrag. Bisherige Strukturen müssten überprüft und gemeinsam erfolgreich generationen- und umweltgerecht weiterentwickelt werden. „Unsere hohe Lebensqualität werden wir nur bewahren können, wenn Menschen sich mit ihrer Kreativität, mit neuen Ideen entfalten können. Gute Politik muss mehr denn je bisherige Regelungen und Rahmenbedingungen in Frage stellen. Wir wollen, dass Gesetze und Verordnungen nur für eine begrenzte Zeit gelten (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



2016 wird es wohl nichts werden mit der Schuldenabstimmung im städtischen Haushalt, meint der Bürgermeister. Im kommunalen Bereich schlagen eben die Kosten für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge immer mehr zu Buche. Dies rechtfertigt letztlich einen Haushaltsentwurf, der wieder etwas Verschuldung erlaubt. S. 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Der Kulturpreis Bayern zählt zu den höchst dotierten Auszeichnungen für herausragendes künstlerisches Wirken und besondere wissenschaftliche Leistungen in Deutschland. Die Verleihung fand kürzlich in Essenbach (Landkreis Landshut) statt. Vgl. Bericht auf Seite 2. Bild: obx-news

Sie lesen in dieser Ausgabe

Strukturschwache Kommunen erhalten Hilfe	Seite 2
10 Jahre Kulturpreis Bayern	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Wir müssen noch enger zusammenrücken	3
Transferagentur Bayern: Bildungssteuerung braucht Fakten	4
GZ-Fachthemen: Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	5-6
Wasser · Abwasser	6-7
Abfall · Recycling	8-9
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

10 Jahre Kulturpreis Bayern

100.000 Euro für große Künstler und Nachwuchsstars der Wissenschaft

Essenbach (obx) - Pointierter und bairischer als Wissenschafts- und Kunstminister Ludwig Spaenle lässt sich die Idee des Kulturpreises Bayern wohl nicht auf den Punkt bringen: Einfach eine „pfundige Sach“ sei die Auszeichnung, die die Bayernwerk AG seit zehn Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem Freistaat verleiht, sagte der Minister bei der Verleihung der diesjährigen Preise im niederbayerischen Essenbach (Kreis Landshut). Die knapp 100.000 Euro Preisgelder teilen sich die besten Absolventen und Doktoranden der bayerischen Hochschulen sowie fünf Einzelpreisträger aus dem Kunstbereich. Einen Sonderpreis erhielt der in Passau geborene und in München lebende Kabarettist Bruno Jonas.

„Bayerns Hochschulen sind der Innovationstreiber in unserem Land“, sagte Wissenschaftsminister Spaenle vor den rund 300 geladenen Gästen in der Eskara-Kulturarena. Der Politiker, der selbst einst über die Beziehungen Bayerns und Griechenlands unter König Otto I. promovierte, würdigte die Rolle der Hochschulen als Entwicklungsmotoren in Bayerns Regionen.

Große Vielfalt

Die Arbeiten der in diesem Jahr mit dem Kulturpreis Bayern ausgezeichneten 31 Absolventen spiegeln diese Vielfalt wider. Sie reicht von der „Untersuchung vorzeitiger Kündigungsrechte von Privatinvestoren bei festverzinslichen Wertpapieren“ über eine neue Softwareanwendung, die die Therapieplanung bei Krebspatienten verbessert. Zu den prämierten Arbeiten gehörten unter anderem auch die Erforschung von Geheimnissen der Festkörperphysik, die Analyse von innovativen Strompreis-Modellen für Haushaltskunden in Deutschland und Energieforschung bei Elektrofahrrädern. Die Auszeichnungen sind jeweils mit 2.000 Euro dotiert.

Sonderpreis

Im Bereich Kunst gingen die fünf Kulturpreise 2015 (Preisgeld je 5.000 Euro) an den Rehauer Schriftsteller Eugen Gomringer, die Münchner Schauspielerin Brigitte Hobmeier sowie die Sopranistin Christine Karg aus Feucht. Ebenfalls ausgezeichnet wurden der in München lebende Lichtdesigner Ingo Maurer und der Roman- und Hörspielautor Thomas von Steinaecker, der in Augsburg lebt.

Der Kabarettist, Schauspieler, Regisseur und Autor Bruno Jonas erhielt den diesjährigen Sonderpreis für sein mehr als 40-jähriges

künstlerisches Wirken umfassendes Lebenswerk. Einer großen Öffentlichkeit bekannt wurde er

Würdigung innovativer Versorgungsangebote

Verleihung des Bayerischen Gesundheits- und Pflegepreises in München

Drei herausragende Projekte aus München, Passau und Straubing erhielten in München aus den Händen von Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml erstmals den Bayerischen Gesundheits- und Pflegepreis. Insgesamt gab es 163 Nominierungen. Huml zufolge „belegen sie alle, welche großartigen Ideen im Bereich von Gesundheit und Pflege in Bayern entwickelt und umgesetzt werden“. Die drei Preisträger wurden mit jeweils 5.000 Euro bedacht.

Einer der drei Preisträger ist das Projekt „NeoPASS - Bestens versorgt von Anfang an!“ der Kinderklinik Dritter Orden Passau. Mit dem Projekt wird seit 2014 eine Familien-integrierende Versorgung von Frühgeborenen und von kranken Neugeborenen verbessert. Eltern werden angeleitet, sich vom ersten Tag an in die Versorgung ihres Kindes einzubringen. Knapp neun Prozent der Kinder in Deutschland und Bayern kommen zu früh auf die Welt, sehr viele davon haben ein erhöhtes Risiko für spätere Entwicklungsstörungen und Aufmerksamkeitsdefizite.

Eltern-Kind-Bindung

Wesentliche Faktoren in der Entwicklung der Kinder sind die Eltern-Kind-Bindung, die elterliche Kompetenz und die elterliche Unterstützung des Kindes. Diese grundlegenden wichtigen Ansätze, aber auch kurzfristige medizinische Erfolge, werden durch das Vorhaben an der Kinderklinik Passau gesteigert. Von einem multidisziplinären Team wurde ein klinischer Behandlungspfad entwickelt und ein Care Manage-

mentteam (Familiennothilfe) etabliert, das die Familie von Anfang an bis nach Hause betreut. Für jede Familie wird bei Bedarf ein konkreter Hilfeplan erstellt und nach Tätigkeitsgruppen der Unterstützer und nach Prioritäten für Kind und Familie sortiert. Die Mitarbeiter der Kinderklinik Passau führen die Hilfsangebote und eine Erfolgskontrolle durch. Die Hilfeplanungen werden laufend weiter optimiert.

Den mit dem Kulturpreis gelungenen Brückenschlag zwischen Gesellschaft, Kunst und Wissenschaft würdigte der Vorstandsvor-

sitzende der Bayernwerk AG, Reimund Gotzel, in seiner Rede.

Plattformen

Zehn Jahre nach Premiere des Kulturpreises Bayern verbinde der Preis heute Kulturgenerationen und schaffe Plattformen für Begegnungen. Der Vorstandschef sagte, die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung im Freistaat bleibe für die Bayernwerk AG eine zentrale Aufgabe. Die Aktivitäten seien vielfältig: Der Netzbetreiber war auch in diesem Jahr Landespatron des Wettbewerbs „Jugend forscht“ und schreibt unter anderem einen eigenen Kinderbibliothekspreis und einen Bürgerenergiepreis aus. „Innovation ist so wichtig wie noch nie“, so Gotzel.

Nachtragshaushalt 2016:

Aufstockung für Polizei-Paket

80 Millionen Euro zusätzlich für Bayerns Sicherheit

Als Reaktion auf die Terroranschläge von Paris hat der Freistaat seine Investitionen in die Innere Sicherheit um weitere 80 Millionen Euro erhöht. Hierzu hat das Kabinett jüngst ein Konzept von Innenminister Joachim Herrmann gebilligt. Dieser Betrag fließt zusätzlich in den Nachtragsetat 2016, der noch im Dezember verabschiedet wird.

Der Innenminister erläuterte sein Konzept, wonach ein wesentlicher Teil der 80 Millionen Euro für 300 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden vorgesehen ist. Dabei werde die Stammmannschaft der Schleierfahndung um weitere 150 Stellen aufgestockt und die Fahnder erhielten neue aufgerüstete Zivilwagen. Bei Kriminalpolizei und Staatsschutz kämen 50 Mitarbeiter hinzu weitere 50 Beamte würden jenseits der Polizei bei der Prävention und Steuerfahndung eingesetzt.

Radikalisierung verhindern

Bei der Prävention gehe es vor allem darum, junge Muslime vor einer Radikalisierung zu bewahren. Schliesslich seien noch 50 Einsatzkräfte bei den Sondereinheiten wie z.B. SEK beabsichtigt. Allein 15 Mitarbeiter davon entfielen auf die Sonderkommission „Schwerer Steuerbetrug“, die auch gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung kämpfen soll. Darüber hinaus werde die Polizei neue Helme und Schutzwesten erhalten und auch für Terrorla-

gen gezielter geschult. Die Ausrüstung koste ca. 15 Millionen Euro. Herrmann bezeichnete das Polizei-Paket als zentrale Reaktion auf die Pariser Terroranschläge.

Extremismus

In diesem Zusammenhang erklärte der Innenminister in einer Aktuellen Stunde des Landtags zum Thema „Rechtsextremismus, dass man keinen Unterschied zwischen verfassungsfeindlichen Kräften mache. Der Kampf gegen gewaltbereiten Islamismus werde mit gleicher Intensität geführt wie gegen den Links- oder Rechtsextremismus. Die Sicherheitsbehörden führten den Kampf gegen den Rechtsextremismus mit voller Kraft. In keinem anderen Bundesland stünden Pegida-Gruppierungen derart im Fokus des Verfassungsschutzes. Darüber hinaus bräuchten in Zeiten wachsender Agitation auch die Kommunen mehr konkrete Hilfen, betonte Herrmann. Deshalb habe sein Ministerium eine „spezielle Beratungsstelle“ personell aufgestockt.

Strukturschwache Kommunen erhalten Hilfe

116 Millionen Euro verteilen sich auf 171 Kommunen

Der Freistaat unterstützt seine strukturschwachen Kommunen im ländlichen Raum tatkräftig. Bayernweit erhalten 171 Kommunen über 116 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen. Von den Bedarfszuweisungen bzw. Stabilisierungshilfen profitieren sowohl Landkreise als auch Städte und Gemeinden.

„Ein starkes Signal für die Kommunen. Diese Mittel sind Teil des kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat, der 2015 ein Rekordvolumen von über acht Milliarden Euro erreicht. Auch in diesem Jahr geht jeder vierte Euro aus dem Staatshaushalt an Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke. Der Freistaat unterstützt seine Kommunen tatkräftig“, stellte Finanzminister Dr. Markus Söder bei der Übergabe der Bescheide für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen an die Vertreter der Kommunen gemeinsam mit Staatssekretär Albert Füllacker in Nürnberg fest.

Nach Oberfranken gehen über 59 Millionen Euro, in die Oberpfalz fast 24 Millionen Euro, nach Unterfranken über 16 Millionen Euro, Niederbayern über 11 Millionen Euro, nach Mittelfranken fast 5 Millionen Euro, nach Schwaben fast 500.000 Euro und nach Oberbayern genau 300.000 Euro.

Stabilisierungshilfen

Die Stabilisierungshilfen sollen besonders strukturschwache Kommunen bei der Konsolidierung ihrer Haushalte unterstützen und Handlungsspielräume eröffnen. Voraussetzung für die Bewilligung von Stabilisierungshilfen sind u.a. Strukturschwäche bzw. eine besonders stark rückläufige Bevölkerungsentwicklung sowie eine unverschuldete finanzielle Notlage. Ziel ist, einen nachhaltigen Konsolidierungswillen strukturschwacher Kommunen zu unterstützen. Seit 2014 kann ein Anteil der Stabilisierungshilfe auch für Investitionen in die kommunale Grundausstattung verwendet werden. Kommunen können damit im Rahmen ihrer Haushaltskonsolidierung unumgängliche dringliche investive Ausgaben bestreiten.

Pflegepatienten und anderen Heimbewohnern vor Ort geholfen und die zahnärztliche Versorgung vor Ort systematisch verbessert. Das ermöglicht der zahnärztliche Bezirksverband Niederbayern in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK), das ein jeweils kurzfristig umzurüstendes Rettungsfahrzeug mit passender Innenausstattung zur Verfügung stellt.

Geringere Belastung

Der Patient wird auf Station vom Rettungsassistenten nur auf die mobile Trage umgebetet und stressarm in das Fahrzeug zur Behandlung gebracht. Notfallversorgung und zahnärztliche Behandlungen bis mittleren Grades können darin gleichermaßen vorgenommen werden. Damit entsteht eine wesentlich geringere psychische und physische Belastung der Patienten, lang dauernde belastende Krankentransporte entfallen und Pflegepersonal wird wesentlich geringer gebunden.

Dieser mobile Einsatzwagen kommt in erster Linie behinderten Menschen und Menschen der Pflegestufen II und III zugute, denen ein längerer Transport nicht zugemutet werden kann. In den Einrichtungen selbst muss kein dauerhaft eingerichteter Behandlungsraum mehr vorgehalten werden. Die freie Arztwahl bleibt erhalten, da eine Nutzungsmöglichkeit für jeden interessierten Zahnarzt der Region besteht. DK

Anlaufstelle

Ziel des ebenfalls ausgezeichneten Projekts „open.med – Für Menschen ohne Krankenversicherung“, München, ist die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, speziell auch für Kinder und Jugendliche, Frauen, Schwangere und chronisch Kranke. Die Anlaufstelle im Zentrum der Landeshauptstadt bietet Menschen - unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus - anonyme und kostenlose allgemeinmedizinische Sprechstunden. Durchgeführt werden sie von ehrenamtlich tätigen Ärztinnen und Ärzten, bei fremdsprachigen Patienten sind auch Dolmetscher anwesend. In speziellen Sprechstunden werden Kleinkinder und Babys betreut, außerdem gibt es ein Angebot für chronisch und psychisch kranke Menschen.

open.med, seit 2006 ein Projekt des Ärzte der Welt e.V., kümmert sich auch um schwangere Frauen und führt Mutterschaftsvorsorgeuntersuchungen, Laboruntersuchungen und Beratungen durch. 80 Fachärztinnen und Fachärzte im Großraum München kooperieren mit open.med und ermöglichen so eine fachgerechte Weiterbehandlung auf ehrenamtlicher Basis. Die Patienten werden auch über sozialrechtliche Themen wie Krankenversicherung und Kostenübernahmen aufgeklärt.

open.med Projekt

Ein weiterer Preis ging an das Projekt „Neukonzeption mobile ambulante zahnärztliche Versorgung mittels temporär umgerüstetem Rettungswagen“, Zahnärztlicher Bezirksverband Niederbayern, Straubing. Ziel des Projektes ist die Stärkung der zahnärztlichen Versorgung in Senioren- und Behinderteneinrichtungen. Mit einer mobilen Zahnbehandlung wird

Mobile Zahnbehandlung

„So besteht der Anspruch, gleichzeitig sexy, niedlich, cool, leistungsstark, anschlussfähig, intelligent und schön zu sein. Diesen Erwartungen und Ansprüchen zu entsprechen ist zwar objektiv unmöglich – junge Frauen können sich dem aber kaum entziehen. Der Prozess der Identitätsfindung wird dadurch gerade in der Pubertät deutlich erschwert.“ Darauf wies die Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates, Hildegund Rieger beim Fachgespräch „Quer gedacht“ in München hin. Neben Störungen in Bezug auf

Fachgespräch „Quer gedacht“

Rollenerwartungen erschweren jungen Frauen die Identitätsfindung

Mädchen und junge Frauen müssen heute vielfältige Rollenerwartungen erfüllen, um als weibliches, ernstzunehmendes Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu werden. In einem Fachgespräch „Quer gedacht“ zum Thema „Mädchen und Frauen alternativlos selbstbestimmt – Rollenklischees heute“ diskutierten Dr. Stevie Schmiedel, Vorstandsvorsitzende, Geschäftsführerin und Pressesprecherin bei Pinkstinks Germany e. V. sowie Annette Kümmel, Senior Vice President Governmental Relations & Regulatory Affairs der ProSiebenSat.1 Media AG das Thema.

„So besteht der Anspruch, gleichzeitig sexy, niedlich, cool, leistungsstark, anschlussfähig, intelligent und schön zu sein. Diesen Erwartungen und Ansprüchen zu entsprechen ist zwar objektiv unmöglich – junge Frauen können sich dem aber kaum entziehen. Der Prozess der Identitätsfindung wird dadurch gerade in der Pubertät deutlich erschwert.“ Darauf wies die Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates, Hildegund Rieger beim Fachgespräch „Quer gedacht“ in München hin. Neben Störungen in Bezug auf

das Körpergefühl und das Selbstbewusstsein könnten weitere, auch massive, gesundheitliche Störungen die Folge sein. „TV-Sendungen wie ‚Germany’s next Topmodel‘, aber auch Berichte in Zeitungen und Magazinen verstärken den Druck, einem künstlichen Schönheitsideal entsprechen zu müssen. Deshalb müssen wir Mädchen und jungen Frauen schon von klein auf Anerkennung und Wertschätzung vermitteln, sie in ihrem Körpergefühl bestärken und ihnen bei ihrer Entwicklungsorientierung beistehen.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Gabriele Weber
96358 Teuschnitz
am 6.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Böckeler
90584 Allersberg
am 10.12.

Bürgermeister Josef Würzinger
94130 Oberzell
am 10.12.

Bürgermeister Manfred Wolf
86438 Kissing
am 15.12.

Bürgermeister Dr. Karl-Heinz Preißer
92706 Luhe-Wildenau
am 16.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Harald Zipfel
82061 Neuried
am 6.12.

Bürgermeister Josef Reff
84144 Geisenhausen
am 7.12.

Bürgermeister Gerd Schneider
96117 Memmelsdorf
am 10.12.

Bürgermeister Christian Kuchlbauer
85764 Oberschleißheim
am 11.12.

Bürgermeister Christian Nerb
93342 Saal a. d. Donau
am 15.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Matthias Diebl
90763 Fürth
am 6.12.

Bürgermeister Thorsten Schwab
97840 Hafenlohr
am 12.12.

Bürgermeister Christian Wagner
85110 Kipfenberg
am 13.12.

Bürgermeister Helmut Bergwinkel
85309 Pörmbach
am 15.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karlheinz Roth
94518 Spiegelau
am 15.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerische Genossenschaftsbanken:

Garant für Finanzstärke und Sicherheit

GZ-Interview mit Dr. Jürgen Gros,
Vorstandsmitglied des Genossenschaftsverbands Bayern

„Starke Kommunen und eine starke Wirtschaft gehen Hand in Hand“, lautet eine Kernthese in einem gemeinsamen Thesenpapier von Genossenschaftsverband Bayern (GVB) und Bayerischem Gemeindetag (wir berichteten). Sichtbar wird darin die Bedeutung des Mittelstands als Wachstums- und Beschäftigungsmotor im Freistaat. Was Genossenschaften in Bayern ausmacht und welche Rolle sie für Mittelstand und Kommunen im Freistaat spielen, erläuterte GVB-Vorstandsmitglied Dr. Jürgen Gros im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Für die Kommunen stehen große Investitionen an – siehe Breitband. Hier gibt es Fördermöglichkeiten, hier benötigt man Partner vor Ort, sprich die Hausbank.

Gros: Die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern stehen bereit, Investitionen von Kommunen oder mittelständischen Unternehmen zu begleiten und zu unterstützen. Natürlich auch, wenn es darum geht, die Infrastruktur zu modernisieren. Davon profitieren schließlich alle. Wenn die Infrastruktur passt, belebt das die Wirtschaft und in einem solchen Umfeld wachsen neue Unternehmen heran. Die haben wiederum Finanzierungsbedürfnisse, die Genossenschaftsbanken unterstützen können – auch mit För-

der regulatorisch teurer werden.

GZ: Ganz abgesehen davon, dass eben auch die Kennlinie vor Ort ein Pfund ist, mit dem sich wuchern lässt.

Gros: In der Tat. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken kennen ihre Kunden. So wie der Bürgermeister seine Gemeinde kennt. Sie wissen wie die Unternehmen aussehen und welche Stärken sie haben.

GZ: Welches Maß an Freiheit muss bleiben, damit die Genossenschaftsbanken erfolgreich agieren können?

Gros: Lassen Sie uns die Frage umdrehen: Was braucht die Realwirtschaft, um weiter zu existieren? Die Antwort lautet: Sie benötigt Planungssicherheit, schnellen Zugang zu Investitionsmitteln

von vornherein verhindert, müssen dauerhaft zu einem europäischen Entschädigungstopf beitragen. Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken lehnen dies entschieden ab. Ein solches Vorgehen setzt falsche Anreize. Wir meinen: Es bewährt sich, Sicherungssysteme national aufzubauen. Eine Transferunion darf es in Europa nicht geben.

Vergemeinschaftung

GZ: Wie groß ist die Gefahr, dass es zu einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherung in Europa kommt?

Gros: Die EU-Institutionen und die EZB drängen massiv. Was uns beruhigt, ist die klare Position der Bundesregierung und des Bundestags. Sie sprechen sich für einen Erhalt der bewährten deutschen Einlagensicherungssysteme aus und haben den Forderungen aus Brüssel damit eine klare Absage erteilt. Auch der Bundesbank-Präsident, die Wirtschaftsweisen und andere Wissenschaftler sehen keine überzeugenden Argumente für eine europäische Einlagensicherung. Das lässt uns hoffen, dass sich am Ende die Vernunft durchsetzt.

GZ: Neben den Finanzdienstleistungen, die die Genossenschaftsbanken im Verband sicherstellen, gibt es auch viele Genossenschaften, an denen die Kommunen großes Interesse haben. In den vergangenen Jahren bereits wurden Energiegenossenschaften gegründet und nun rücken auch Sozialgenossenschaften stärker in den Vordergrund. Sehen Sie hier Potenziale für die Zukunft?

Gros: Die Gründungsdynamik bei den Energiegenossenschaften ist deutlich abgeflaut. Wegen der Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist es für kleinere Energiegenossenschaften momentan nicht attraktiv, sich zu engagieren. Das lässt sich sehr deutlich an den Gründungszahlen ablesen: Im laufenden Jahr haben wir bislang 21 neue Mitglieder aufgenommen, darunter 11 Energiegenossenschaften. In den Jahren zuvor waren es deutlich mehr. Grundsätzlich ist festzustellen, dass im Energiebereich verstärkt Wärmegenossenschaften eine Rolle spielen. Energiegenossenschaften, die Strom aus Sonne oder Wind produzieren, werden derzeit kaum noch gegründet.

Attraktive Organisationsform

GZ: Und die Sozialgenossenschaften?

Gros: Sozialgenossenschaften sind eine attraktive Organisationsform. Das gilt gleichermaßen für die Kommunen, die Bürger vor Ort, aber auch für die Sozialverbände, die sich in Zukunft Fragen stellen müssen, wie: Wo bekommen wir qualifiziertes Personal her? Können mehrere Sozialverbände bestimmte Aktivitäten in einer Sozialgenossenschaft bündeln? Wie können wir gemeinsam gesellschaftlichen Herausforderungen bei Pflege und altersgerechtem Zusammenleben begegnen? Oder: Kann uns eine Sozialgenossenschaft helfen, die Qualifikation unserer Mitarbeiter zu organisieren? Insgesamt werden auch die Mittel knapper werden, die für soziale Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Deshalb wird zu überlegen sein, wie man sich effizienter organisiert. Hier können die Sozialgenossen-



GVB-Vorstandsmitglied Dr. Jürgen Gros im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

derkrediten. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres haben die bayerischen Kreditgenossenschaften 2.600 LfA-Darlehen zugesagt und damit so viele wie keine andere Bankengruppe. Dieses Geschäft beherrschen sie.

Zunahme von Regulierung

GZ: Mit der Zunahme der Regulierung wurde den Banken in den vergangenen Jahren freilich ein enges Korsett geschnürt. Die steigenden Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen erschweren ihnen die Kreditvergabe.

Gros: Das Kreditgeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken läuft rund. Im ersten Halbjahr 2015 haben sie das Volumen ihrer Firmenkundenkredite um eine Milliarde Euro auf mehr als 40 Milliarden Euro ausgeweitet. Es besteht allerdings die Gefahr, dass diese Entwicklung durch eine regulatorisch bedingte Kreditverknappung künftig behindert wird. Uns ärgert zum Beispiel Überlegungen in Regulatorienkreisen, wonach Kredite für Unternehmen mit wenig Umsatz künftig strenger behandelt werden sollen als Kredite für große Firmen. Das ist schlichtweg unsinnig, denn erstens beweist die Praxis, dass klein nicht riskanter als groß ist. Und zweitens wird verkannt, dass das, was klein ist, eine Chance braucht, wachsen zu können. Aus diesem Grund wollen die bayerischen Kreditgenossenschaften auch kleine Unternehmen weiter begleiten, ohne dass am Ende des Tages die Kre-

ditgenossenschaftsbanken bis heute fest verankert. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind die Mittelstandsbanken. Sie kennen und können das Mittelstandsgeschäft. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass die bayerischen Kreditgenossenschaften ihren Marktanteil von rund 20 Prozent im mittelständischen Firmenkundengeschäft nicht als Ende der Fahnenstange betrachten.

GZ: Zum Schluss noch zu Ihrer Person, Herr Dr. Gros. Sie haben in ihrer neuen Funktion als Vorstand inzwischen Zeit gehabt, sich einzuleben. Sie kennen den Genossenschaftsverband seit vielen Jahren und waren dort bereits in leitenden Funktionen tätig. Wie hat sich die Zusammenarbeit an der Führungsspitze mit Ihrem Kollegen Dr. Alexander Büchel entwickelt? Wie sieht die Aufgabenverteilung aus?

Gros: Wir arbeiten als Team. Herr Büchel und ich bringen unterschiedliche Erfahrungen und Kenntnisse aus zusammen 25 Jahren GVB-Erfahrung mit in das Vorstandsteam. Das macht die Schlagkraft unseres Teams aus. Herr Büchel kümmert sich primär um die Prüfungsleistungen des Verbands sowie die Beratung der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Ich selbst bin schwerpunktmäßig für Interessenvertretung, Marketing und Vertrieb, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Steuer- und Rechtsberatung sowie unsere Bildungsleistungen verantwortlich.

GZ: Was würde das mit Blick auf Deutschland bedeuten?

Gros: Wirkungsvolle Sicherungssysteme wie die genossenschaftliche Institutsicherung, die auf die Vermeidung von Bankinsolvenzen ausgerichtet ist und damit Einlagenentschädigungsfälle

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

ein für die kommunale Familie ereignis- und gleichsam arbeitsreiches Jahr 2015 neigt sich dem Ende entgegen. Gerade in den Dezemberwochen kurz vor Weihnachten herrscht bei uns vor Ort noch immer Hochkonjunktur. Das weite Spektrum der Aufgaben erstreckt sich von regulären Ratssitzungen über etwaige Haushaltsverhandlungen und Jahresplanungen bis zu diversen Hauptversammlungen, Veranstaltungseröffnungen und Weihnachtsfeiern. Doch wir alle wissen, dass gerade die Veranstaltungen bei Vereinen und Verbänden enorm wichtig für uns sind. Denn hier erfährt man meist ungefiltert, was die Menschen bewegt.



munalen Haushalten. Demgegenüber stehen große Investitionsstaus, unter anderem bei den Straßen und im Hochbau. Die kommunalen Kliniken und die flächendeckende ärztliche Versorgung bereiten ebenso Sorgen wie der zunehmende Pflegebedarf in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Allein diese begonnene Aufgabenliste würde schon ausreichen, um uns als kommunale Mandatsträger in den nächsten Jahren vollends auszulasten.

Doch damit lange nicht genug: Die alles überspannende Herausforderung im Zusammenhang mit den Themen Flüchtlinge, Migration und Integration ist hier – wie Sie sicherlich bereits gemerkt haben – noch gar nicht mit eingerechnet. Schnellstens müssen in diesem Zusammenhang einige grundsätzliche Fragen geklärt werden, bevor es an die längerfristige Planung gehen kann: Gelingt es endlich, die Anzahl der Flüchtlinge, die in unser Land kommen, wirkungsvoll zu begrenzen? Was kommt bei der Integration der Menschen mit Bleiberecht auf die Kommunen im Einzelnen zu? Wie können zusätzliche personelle und finanzielle Belastungen für uns a priori vermieden werden?

Sicherlich, der Freistaat Bayern und zum Teil der Bund haben schon signalisiert, ihrer Verantwortung in der Flüchtlingsfrage gerecht zu werden – zusätzlich zu den sonstigen kommunalen Unterstützungsleistungen. Doch machen wir uns nichts vor: Zum Einen ist die Grenze der Leistungsfähigkeit unserer Kommunen bereits erreicht und mancherorts teilweise überschritten; zum Anderen kann jeder Euro auch nur einmal ausgegeben werden. Dies bedeutet wiederum, dass wir künftig im Gesamtpaket sicherlich nicht mit größeren Handlungsspielräumen rechnen können.

Summa summarum lässt sich in Bezug auf die gerade beschriebene Ausgangssituation festhalten, dass wir im kommenden Jahr als kommunale Familie noch einmal ein Stück enger zusammenrücken müssen. Es geht um eine erfolgreiche Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung und wir alle wissen, dass es sich dafür tagtäglich zu kämpfen lohnt.

Doch bevor das neue Jahr mit all seiner umfassenden Aufgabenfülle beginnt, gilt es für uns alle noch einige Tage Kraft zu tanken. Ich wünsche Ihnen deshalb im Namen der Kommunalpolitischen Vereinigung, aber auch persönlich, ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien. Finden sie etwas Ruhe „zwischen den Jahren“ und starten sie mit Mut und Zuversicht ins Jahr 2016.

Ihr Stefan Rößle
KPVLandesvorsitzender

Wir müssen noch enger zusammenrücken

Rückblickend auf das zu Ende gehende Jahr lässt sich feststellen, dass es unseren Kommunen in Bayern im Großen und Ganzen noch gut geht. Dies gründet sich zum Einen auf unseren unermüdlichen Einsatz als kommunale Mandatsträger, zum Anderen aber auch auf die im Freistaat im bundesweiten Vergleich besten Rahmenbedingungen. Der Kommunale Finanzausgleich wird auch im kommenden Jahr mit rund 8,5 Mrd. Euro wieder auf Rekordhöhe stehen und beinhaltet wichtige Instrumente wie die Stabilisierungshilfe für finanzschwache Gebietskörperschaften. Unser Einsatz als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) hat sich gerade hier durchaus gelohnt.

Auch in weiteren Bereichen wie Breitbandförderung, Behördenverlagerung und Hochschulansiedlungen haben uns in den vergangenen Monaten erfreuliche Nachrichten erreicht. Zudem können bei der stufenweisen Umsetzung der 5 Mrd. Euro Kommunalentlastung (komplett erst 2018) aus dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene erste positive Effekte auf die Haushalte wahrgenommen werden. Eine gute wirtschaftliche Entwicklung sorgt darüber hinaus vielerorts für passable Gewerbesteuererinnahmen.

Doch damit hat die Beschreibung der „kommunalen Glückseligkeit“ auch schon ihr Ende erreicht, denn jede Medaille hat bekanntermaßen immer ihre zwei Seiten. Ich möchte nicht schwarzmalen, aber vor dem Hintergrund der kommenden Herausforderungen verlieren die gerade aufgezogenen positiven Entwicklungen einen Großteil ihrer Strahlkraft. Denn noch immer lasten Millionen an Altschulden auf den kom-

schaften einen wichtigen Beitrag leisten. Im laufenden Jahr haben wir beim GVB bereits vier Neugründungen zu verzeichnen. Hier möchte ich ausdrücklich das Engagement der bayerischen Sozialministerin Emilia Müller hervorheben, die Sozialgenossenschaften fördert und sich für Neugründungen stark macht.

Auf Selbsthilfe ausgerichtet

GZ: Könnte es unter Umständen sogar lukrativ sein, sich an einem derartigen Modell zu beteiligen?

Gros: Ideell lukrativ ist das Modell in jedem Fall. Die Genossenschaft ist auf Selbsthilfe ausgerichtet. Ihre Anteilseigner tragen schließlich dazu bei, auch ihre eigene Zukunft zu gestalten. Insofern steht der Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung oder Effizienzsteigerung und nicht der monetäre Aspekt im Vordergrund.

GZ: Können Sie eine neugegründete Sozialgenossenschaft benennen?

Gros: Einer unserer Neuzugänge im laufenden Jahr ist die Lehm- und Ziegelfabrik eG aus Augsburg. Sie ermöglicht Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Behinderungen den Wiedereinstieg in einen beruflichen Alltag. Dazu entwickelt, produziert und vertreibt die Genossenschaft hochwertige Produkte aus Lehm, wie Öfen, Urnen oder Schlaginstrumente. Ziel ist es, selbstverantwortlich und in Eigeninitiative Arbeit für die Genossenschaft und ihre Mit-

glieder zu schaffen. Die Lehm- und Ziegelfabrik ist deutschlandweit die erste Genossenschaft dieser Art.

GZ: Wer ist Mitglied in einer Sozialgenossenschaft?

Gros: Betroffene, Angehörige, Engagierte im sozialen Umfeld und gesellschaftlich aktive Menschen. Wünschenswert wäre es, wenn sich Sozialverbände stärker als in der Vergangenheit engagieren würden, da ihnen das Modell Vernetzungsmöglichkeiten bietet. Das ist eben der große Vorteil einer Genossenschaft: Sie ist offen für jeden und jeder kann sich einbringen.

GZ: Und die Regionalbanken sind ohnehin nah am Kunden ...

Gros: Alle Genossenschaften sind nah an ihren Kunden. Das gilt natürlich auch für die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihren rund 2.900 Geschäftsstellen. 53 Prozent der Menschen in Bayern sind Kunde einer Kreditgenossenschaft. Mit den Filialen vor Ort zeigen sie Präsenz und sind dicht am Kunden. Er allein entscheidet, wie wichtig ihm diese Präsenz ist, und wenn ihm künftig die digitale Nähe zu den Volksbanken und Raiffeisenbanken lieber ist, dann wird er sie bei den Genossenschaftsbanken auch finden.

GZ: Ihre Mitglieder sind sich also ihrer Wurzeln bewusst ...

Gros: Die Volksbanken und Raiffeisenbanken kommen historisch gesehen aus der gesellschaftlichen Mitte, aus dem unternehmerischen Mittelstand und der Landwirtschaft. Dieses Bewusstsein ist in den Genossen-

schaftsbanken bis heute fest verankert. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind die Mittelstandsbanken. Sie kennen und können das Mittelstandsgeschäft. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass die bayerischen Kreditgenossenschaften ihren Marktanteil von rund 20 Prozent im mittelständischen Firmenkundengeschäft nicht als Ende der Fahnenstange betrachten.

GZ: Zum Schluss noch zu Ihrer Person, Herr Dr. Gros. Sie haben in ihrer neuen Funktion als Vorstand inzwischen Zeit gehabt, sich einzuleben. Sie kennen den Genossenschaftsverband seit vielen Jahren und waren dort bereits in leitenden Funktionen tätig. Wie hat sich die Zusammenarbeit an der Führungsspitze mit Ihrem Kollegen Dr. Alexander Büchel entwickelt? Wie sieht die Aufgabenverteilung aus?

Gros: Wir arbeiten als Team. Herr Büchel und ich bringen unterschiedliche Erfahrungen und Kenntnisse aus zusammen 25 Jahren GVB-Erfahrung mit in das Vorstandsteam. Das macht die Schlagkraft unseres Teams aus. Herr Büchel kümmert sich primär um die Prüfungsleistungen des Verbands sowie die Beratung der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften. Ich selbst bin schwerpunktmäßig für Interessenvertretung, Marketing und Vertrieb, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Steuer- und Rechtsberatung sowie unsere Bildungsleistungen verantwortlich.

DK

Themenkonferenz der Transferagentur Bayern:

Bildungssteuerung braucht Fakten

Nutzen, Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen Bildungsberichterstattung

Warum sollen Kommunen ihre Bildungsangebote statistisch erfassen und deren Wirkungen analysieren? „Steuerung braucht Fakten“ – unter diesem Motto informierten sich auf der Themenkonferenz der Transferagentur Bayern jüngst in Neumarkt in der Oberpfalz Vertreterinnen und Vertreter bayerischer Kommunen rund um das Thema Bildungsmonitoring.

„Ein gutes kommunales Bildungsmonitoring bildet die Grundlage für politische Entscheidungen und kommunale Diskurse zur Verbesserung des Bildungswesens“, sagte Dr. Rainer Wolf vom Bundeskonsortium Bildungsmonitoring. Am Beispiel der „Abgänger ohne Schulabschluss“ präsentierte Wolf anschaulich, wie das Monitoring hilft, konkrete Fragen der Bildungsplanung zu beantworten, wie zum Beispiel „Was müssen wir tun, um mehr Schülerinnen und Schülern zu einem Abschluss zu verhelfen?“.

Dass Bildungsmonitoring auch für Bildungsregionen in Bayern unverzichtbar ist, betonte Dr. Karin E. Oechslein. Eine regionale Datenfundierung sei elementar für einen gelungenen Austausch aller Akteure und Verantwortlichen der verschiedenen Bildungsbereiche wie Schulen oder Jugendhilfe, sagte die Direktorin des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung.

Aus der Erfahrung einer Kommune, die seit über fünf Jahren kommunales Bildungsmanagement betreibt, berichtete Michael Fedler, Leiter des Referats für Strategische Planung im Land-

kreis Osnabrück. Bildung sei Chefsache in seiner Kommune, die ihr Konzept im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ aufgebaut hat. Am Beispiel

Gesellschaft im Wandel fordert Kommunen

Jahresworkshop des Forschungszentrums RISK

Der demografische Wandel, Migration, eine höhere Mobilität, aber auch eine immer stärker vernetzte, internationale Welt verändern unsere Gesellschaft und müssen in die Planung neuer Wohnkonzepte, Arbeitsplätze und Lebensräume mit einfließen. Diesen kommunalen Herausforderungen widmete sich der Jahresworkshop des Forschungszentrums RISK.

Am Forschungszentrum der Universität der Bundeswehr München „Risiko, Infrastruktur, Sicherheit und Konflikt“ (RISK) beteiligt ist die Fakultät für Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften sowie die Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften. Je nach Problemstellung werden auch andere Forschungsrichtungen hinzugezogen. RISK, eines von vier Forschungszentren an der Universität, beschäftigt sich beispielsweise mit der Frage, wie Entscheidungen unter Unsicherheit funktionieren. Sprecher des Forschungszentrums sind Prof. Norbert Gebbekken (Institut für Baustatik) und Prof. Wolfgang Bonß (Institut für Soziologie und Volkswirtschaftslehre). Regelmäßig kommt das Forscherteam mit externen Expertinnen und Experten in einem Workshop zu aktuellen Themen zusammen. Im Jahresworkshop „Kommunale Infrastruktur und sozialer Wandel“ beschäftigten sich Vertreterinnen und Vertreter von Hochschulen und

durchgängiger Sprachförderung zeigte Fedler, dass Bildungsmonitoring in ein Gesamtkonzept eingebettet und von politisch ausgehandelten Zielen geleitet werden müsse.

Handlungsorientiertes Bildungsmonitoring

Der Tagungsort innerhalb der Metropolregion Nürnberg war mit Bedacht gewählt worden. „Im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz sind wir uns bewusst, dass ein handlungsorientiertes Bildungsmonitoring einen passgenauen Zuschnitt der Bildungsangebote auf die Bedarfslagen unserer Bürgerinnen und Bürger ermöglicht“, sagte Landrat Willibald Gailler zum Start der Tagung. „Wir erheben deshalb eigene Da-

ten, haben zum Beispiel vor kurzem eine Befragung zur Familienbildung durchgeführt. Auf Basis der Ergebnisse bauen wir Familienstützpunkte auf.“

Drei Workshops gaben den Teilnehmenden nach den Hauptvorträgen die Gelegenheit, sich mit den Expertinnen und Experten und auch untereinander auszutauschen: Benjamin Wahl erläuterte, wie das Bildungsmonitoring im Rems-Murr-Kreis seinen Platz in den bestehenden Strukturen gefunden hat. In einem zweiten Workshop wurden gemeinsam mögliche Analysen präsentiert und diskutiert. In einer dritten Werkstatt gaben Almut Kriele und Andrea Stockmann Tipps aus der Praxis zweier Lernen-vor-Ort Kommunen: dem Landkreis Osnabrück und der Stadt München. □

Weiterbildungsinstituten, Forschungseinrichtungen sowie der Stadt München mit den Herausforderungen einer alternden und mobilen Gesellschaft für Kommunen.

In seiner Keynote lobte Prof. Ortwin Renn, Technik- und Umweltsoziologie der Universität Stuttgart, die positive Entwicklung der Arbeitsunfälle in Deutschland. „Es gibt keinen sicheren Platz in Deutschland als den Arbeitsplatz“ – pro Stunde passierten weniger Unfälle als bei jeder anderen Aktivität außer Schlaf, erklärte er den amüsierten Gästen. Risikowissenschaftler Prof. Bonß ging auf die Unterscheidung zwischen technischer Infrastruktur (Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Nachrichten, IT) und sozialer Infrastruktur (Bildungs- und Gesundheitssysteme bis hin zu kulturellen Einrichtungen) ein.

Investitionen in Informationsinfrastruktur, Gesundheitsversorgung und kommunale Wohnungswirtschaft würden zunehmend wichtiger. „Die Infrastruktur verändert sich und wird zudem vermehrt als öffentliche Aufgabe wahrgenommen, in die investiert werden muss“, fasste Prof. Bonß die Entwicklung zusammen. In der Erhaltung von Infrastrukturen sieht er einen hohen Nachholbedarf, wichtiger seien aber die Investitionen in neue Projekte.

Einen Überblick über die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschlands Kommunen und Regionen gab Kerstin Schmidt, Demografie lokal Minden, in ihrem interaktiven Vortrag. Viele ländliche Räume entleeren sich, viele ziehen in die Stadt. Ohne Zuwanderung werde die Bevölkerung drastisch sinken. Inwieweit sich diese auf die Einwohnerzahl und den Altersdurchschnitt auswirkt, könne momentan aber noch nicht abgeschätzt werden.

Auch Infrastrukturen müssen gepflegt werden. Zum Ende des Workshops brachte Prof. Gebbekken seine ingenieurwissenschaftliche Perspektive mit ein: „Genau so wie mein Auto muss ich eine bauliche Infrastruktur unterhalten“, machte er am Beispiel der 2006 eingestürzten Eissporthalle in Bad Reichenhall deutlich und plädierte für einen verantwortungsvollen Umgang mit Infrastrukturen.

Abschließend diskutierte die Direktorin der Politischen Akademie Tutzing und Professorin für Politikwissenschaften an der Universität der Bundeswehr München, Ursula Münch, mit externen Experten die Ergebnisse des Workshops. Im Laufe des Workshops wurde deutlich: Um Infrastrukturen nachhaltig planen zu können, brauchen wir eine Kooperation. Verschiedene Perspektiven aus Technik, Politik und Soziologie müssen zusammenfließen. **Eva Olschewski**

Sinnvolle...

(Fortsetzung von Seite 1)

sondere der Zuzug von Flüchtlingen und Asylbewerbern bringe zusätzlichen Druck auf den Wohnungsmarkt.

Der Ausbau des Angebots an preiswertem Wohnraum sei unerlässlich für das Miteinander in der Stadtgesellschaft. Maly: „Der von der Staatsregierung vorgestellte Wohnungspakt Bayern ist ein wichtiger und richtiger Schritt.“ Dieser will 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen bis 2019 schaffen; das Sofortprogramm schafft dringend benötigte Übergangskapazitäten.

Wie Maly feststellte, sei die Aufstockung der Mittel für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf nun insgesamt 2,6 Milliarden Euro aus Bundes- und Landesmitteln zwar positiv – dies entspreche dem Fördervolumen für die Wohnraumschaffung für Spätaussiedler in den 1990er Jahren. Jedoch seien seit damals die Preise und Baustandards gestiegen. Mit dem heutigen Fördervolumen könnten nur halb so viele Wohnungen wie vor 25 Jahren gebaut werden. Deshalb fordere der Bayerische Städtetag vor allem vom Bund eine weitere Erhöhung der Fördermittel.

Letztlich falle das Problem der Wohnungssuchenden auf die kommunale Ebene. Nachdem ein Asylbewerber anerkannt ist, muss er Maly zufolge aus der Gemeinschaftsunterkunft ziehen und braucht eine Wohnung. Zuständig sei dann das Rathaus. Können sich Bürger selbst nicht am Wohnungs-

markt versorgen, drohe Obdachlosigkeit. Deshalb müsse das Sofortprogramm zu einem Präventionsprogramm gegen Obdachlosigkeit aller Bedürftigen fortentwickelt werden.

Es gelte, mehr Wohnungen neu zu bauen, fuhr der Städtetagschef fort. Aus diesem Grunde müssten echte Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau ausgeben werden, da Zinsvergünstigungen angesichts niedriger Marktzinsen keinen Anklang finden.

Da in vielen Städten kaum mehr freie Flächen zur Verfügung stehen, soll der Bund nach Ansicht des Bayerischen Städtetags prüfen, ob die Auflagen zum Lärmschutz noch zeitgemäß sind, um Wohnraum etwa an Sportplätzen schaffen zu können. Zu kontrollieren sei, „ob so mancher Standard, so wichtig er aus Sicht von Naturschutz oder Energieeinsparung sein mag, zumindest vorübergehend ausgesetzt oder gesenkt werden könnte. Denn wir müssen die Verfahren beschleunigen, um rasch Wohnungen bauen zu können“, erläuterte Maly.

Aus seiner Sicht müssen Änderungen des Planungs- und Immissionsschutzrechts die Baulandmobilisierung erleichtern. Fläche, Baupreis, Finanzierungskosten: Diese Parameter seien so zu steuern, dass sich am Ende jeder eine Wohnung leisten kann – „möglichst ohne soziale Transferleistungen“. Zugleich sollte die Politik darauf achten, Ghettobildungen zu verhindern. **DK**

Zauberwort...

(Fortsetzung von Seite 1)

und hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft werden.“

Menschen müssten erkennen können, ob bzw. wie persönliche Entscheidungen Kriterien der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Es müsse offengelegt werden, nach welchen Kriterien nachhaltig gehandelt werden soll und wie die unterschiedlichen Bereiche und Interessen zum Ausgleich gebracht werden können. „Dabei helfen Ökobilanzen, Zertifizierungen, anerkannte Siegel und transparente Informationen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, verstärkt Entscheidungen der öffentlichen Hand Nachhaltigkeitsprüfungen zu unterziehen. Transparent muss dargelegt werden, in welcher Art und Weise Maßnahmen umwelt- und ressourcenschonend und generationengerecht sind.“

Mehr Solidarität in Europa

Über die Pläne der Bundesregierung zur Bewältigung der Flüchtlingsströme sprach in Saarbrücken der Bundesminister des Inneren, Dr. Thomas de Maizière.

Als zentrales Ziel nannte er die Sicherung der europäischen Außengrenzen. Illegale Schleunungen und Migration müssten aufhören, daran arbeite die Bundesregierung mit Hochdruck. „Wenn wir die Flüchtlingsströme wieder ordnen, steuern und begrenzen wollen, brauchen wir dringend mehr Solidarität in Europa. Was wir bislang erleben mussten, kann uns nicht zufrieden stellen“, betonte de Maizière.

Der Minister ging auch auf die Sorgen und Nöte der Kommunen ein und äußerte großes Verständnis und Respekt vor deren Leistung bei der Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden. Auch die Ängste der Bevölkerung müsse man ernst nehmen, erklärte de Maizière, zerstreute aber Bedenken, dass die Kriminalität überproportional zunehme. Dennoch müsse man von Flüchtlingen erwarten, dass sie die Gesetze in Deutschland einhalten und Werte respektieren. Scharfe Kritik und Sorge äußerte er an Übergriffen auf Asylbewerberheime. „Wir werden diese Krise

bewältigen können, aber wir müssen uns in den Dienst der Sache stellen. Wichtig ist es dabei, dass alle im Ton höflich bleiben und sich keiner aufhetzen lässt.“

Wie KPVB-Bundesvorsitzender Ingbert Liebing darlegte, „integrieren wir als Volkspartei die Meinungen und Stimmungen der Menschen. Wir als Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU arbeiten an der Lösung der Flüchtlingskrise. In den Kommunen erleben wir zurzeit einen gewaltigen Kraftakt. Alle packen an, meistern die Aufgabe, tausende, hunderttausende von Menschen aufzunehmen. Genau hier in den Gemeinden, den Städten und Landkreisen entscheidet sich, ob diese Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme gelingt. Aber der durchgängige Tenor in den Kommunen ist: Ja, wir schaffen es. Mit einem gewaltigen Kraftakt.“ Deshalb begrüßen wir alle im Bund beschlossenen Gesetze und Maßnahmen, die das Ziel verfolgen: die Flüchtlingsbewegung zu ordnen, zu steuern und die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren.“

Ihren Beschluss „Flüchtlingsstrom drosseln – faire aber zügige Verfahren“ wird die KPVB auf dem kommenden Bundesparteitag der CDU Deutschlands Mitte Dezember in Karlsruhe einbringen.

In einem weiteren Beschluss „Energieversorgung der Zukunft“ heißt es: „Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands unterstützt die energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung. Uns kommt es darauf an, die Städte, Gemeinden, Landkreise, kommunalen Unternehmen und Stadtwerke als starke Partner und Investoren für die Umsetzung der Energiewende besser einzubinden. Die Fokussierung auf den Stromverbrauch und auf die Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien greift zu kurz.“

Darüber hinaus begrüßt die Bundes-KPV das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen. Allerdings sollte nach Ansicht der Kommunalpolitiker der Förderzeitraum von drei auf fünf Jahre verlängert werden. **DK**

Migration, Leitkultur und...

(Fortsetzung von Seite 1)

den auch die USA ihr Engagement weiter verstärken und ihre Aufnahmebereitschaft erhöhen.

Zudem müsse der Familiennachzug ausgesetzt werden. Die Überforderung Deutschlands würde durch einen unbegrenzten Familiennachzug noch weiter erhöht, unabsehbare Zusatzbelastungen kämen auf Deutschland zu, heißt es in dem Leitartikel. Der Familiennachzug zu Flüchtlingen müsse in größtmöglichem Umfang ausgesetzt werden.

„Wo das nach EU-Recht nicht möglich ist, muss er konsequent auf das Mindestmaß begrenzt werden. Für subsidiär Schutzrechtigte soll es keinen Familiennachzug mehr geben. Dazu gehört auch, dass zwischen dem Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiärem Schutz unterschieden wird. Es ist nicht das Gleiche, ob jemand direkt um Leib und Leben fürchten muss, oder sich aus nicht umkämpften Gebieten oder sicheren Flüchtlingscamps auf den Weg zu uns gemacht hat.“

Neue Flüchtlingsströme müssten durch Bekämpfung der Fluchtursachen verhindert werden. Die deutsche Entwicklungspolitik leiste bereits viel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Stabilisierung vor Ort. Vor allem durch den Aufbau von Infrastruktur schaffe die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dort Perspektiven. „Wir wollen bestehende Flüchtlingscamps und Aufnahme-Kommunen in den Herkunfts- und Nachbarländern noch stärker als bisher unterstützen, um die Lebensbedingungen und den Schutz der Menschen und Flüchtlinge dort weiter zu verbessern.“

„Die europäische Staatengemeinschaft muss zusammenhalten“, so die CSU. „Wir brauchen an der Außengrenze einen konsequenteren Schutz und im Inneren mehr Solidarität. Europa braucht einen Sonderkoordinator für

Flüchtlingsfragen und ein europäisches Flüchtlingshilfswerk, das in Europa und der Welt Flüchtlingen schnell und direkt Hilfe zukommen lassen kann.“

Die CSU stehe an der Seite der Kommunen. „Unsere Kommunalpolitiker haben nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland einen hervorragenden Ruf. Die Kommunen tragen die Hauptlast bei der Unterbringung, Erstversorgung und Integration von Flüchtlingen. Sie leisten gerade in diesen Tagen großartige Arbeit. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, das die Kosten der Kommunen für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen spitz abgerechnet erstattet.“

Klare Regeln

„Bei uns gilt: Deutsche Sprache lernen - Lebensunterhalt selbst verdienen - sich an Recht und Gesetz halten - mit uns leben statt gegen uns“, heißt es in dem Leitartikel. Integration geschehe hierzulande nach klaren Regeln. Erfolgreiche Integrationspolitik beruhe auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. „Menschen, die bei uns bleiben wollen, müssen sich aktiv in unsere Gesellschaft einfügen. Wir begrüßen das bayerische Integrationskonzept ‚Zusammenhalt fördern, Integration stärken‘. Es ist einmalig in Deutschland und legt die Grundlage dafür, dass Bayern auch in Zukunft das Land der gelingenden Integration ist.“

Für Ausländer, die ohne Sprachkenntnisse einreisen und eine Bleibeperspektive haben, sollen Sprachförderung in allen Lebenslagen angeboten werden. Sprachunterricht soll möglichst schon in der Erstaufnahme beginnen. Der Unterricht gehört auch zur Versorgung der Asylbewerber. Wer seine Mitwirkungspflichten nicht erfüllt und keine Integrationsleistungen erbringe, bei dem müssten alle rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. **DK**

Daimler Test- und Prüfzentrum Immendingen:

Unimog hilft bei der Streckenpflege

Spezial-Equipment macht die Streckenpflege einfach

Stuttgart/Immendingen - Die Daimler AG hat den Test- und Versuchsbetrieb auf einem ersten Teilstück (Modul) der Teststrecke in Immendingen (Kreis Tuttlingen) aufgenommen. Unverzichtbarer Helfer für den laufenden Betrieb ist ein Unimog U 430. Auf der „Schlechtweg-Verschmutzungsstrecke“ sorgt das 300 PS-Modell - Nennleistung 220 kW, maximales Drehmoment 1200 Nm – für den stets akkuraten Zustand des Prüfmoduls.

Auf dieser Rundstrecke werden neue Automobile, Prototypen und Versuchsträger Verschmutzungen aus Kies, Sand und anderen Materialien ausgesetzt. Damit das immer mit derselben, reproduzierbaren Güte funktioniert, muss die 1,2 km lange Prüfstrecke immer wieder bearbeitet werden.

Sprühmittelanlage

Als Problemlöser setzen die Versuchsingenieure im Immendinger Testzentrum der Daimler AG auf ein Produkt aus dem eigenen Haus. Denn mit der Marke Mercedes-Benz Unimog gibt es im Konzern eine Produktreihe, die eigentlich alles kann. Zumeist geht es ums Schneeräumen, Mähen oder Reinigen, wenn der Unimog auf der Straße im Einsatz ist. Hier geht es nun um gezielte Laborähnliches Präparieren von Straßenschmutz. Vorn am U 430 verschafft ein Erdhobel mit Sprühmittelanlage der Teststrecke die notwendige Glättung. Mit dem am Unimog Heck montierten Aufreißer können allzu sehr verdichtete Streckenabschnitte wieder aufgelockert werden.

4.200 Liter Wassertank

Auf der Pritsche führt der Unimog einen 4.200 l-Tank mit. Von hier kann Wasser über den Frontsprüher ausgebracht werden, wenn die natürliche Witterung nicht den von den Testingenieuren vorgegebenen Feuchtigkeitsgrad der Verschmutzungspiste liefern kann.



Eine der sieben Stationen der Holder Roadshow.

Holder:

Großer Andrang auf 4-Jahreszeiten-Roadshow

Die Roadshow des Herstellers kompakter Kommunalfahrzeuge tourte durch Süddeutschland

Auf ihrer 4-Jahreszeiten-Roadshow präsentierte die Max Holder GmbH vor hunderten Besuchern an sieben Stationen in ganz Süddeutschland ihr komplettes Programm an Fahrzeugen von 27 bis 98 PS sowie perfekt darauf abgestimmte Anbaugeräte. Gemeinsam mit Handels- und Anbaugerätepartnern zeigte Holder verschiedenste Geräte zum Winterdienst und Kehren, zur Rasenpflege, Unkrautbekämpfung und Bewässerung sowie weitere Anwendungen für den Ganzjahreseinsatz.

In diesem Jahr ganz neu mit dabei waren das multifunktionale kommunale Schmalspurfahrzeug Holder MUVO sowie das mit dem Industriepreis 2015 ausgezeichnete Antriebssystem Power-Drive.

Fachgespräche vor Ort

Vor Ort konnten die Besucher bis zu 20 Fahrzeuge, die neben Qualität und Komfort vor allem

Am Arbeitsplatz des 300 PS starken Unimog mit 12-Tonnen zulässigem Gesamtgewicht ermöglichen ergonomisch angeordnete Bedienelemente eine einfache Bedienung aller Geräte. Front- und Heckgeräte werden von hier mit einem Joystick gesteuert, während der Unimog mit dem sogenannten Easydrive (hydrostatischer Fährtrieb) stufenlos vorwärts oder rückwärts „kriechen“ kann.

Verlegung aufs Gelände

Als wichtiger Bestandteil wird der Unimog U 430 seinen Beitrag leisten, dass Daimler Testfahrten von der öffentlichen Straße auf ein abgeschlossenes Terrain verlagern kann. Denn erklärtes Ziel der Sindelfinger Testingenieure ist es, mit der Entstehung des Prüf- und Technologiezentrums in Immendingen den größten Teil der Erprobungsfahrten in Baden-Württemberg von der Straße auf dieses Gelände zu verlegen.

Ovalrundkurs

In seiner finalen Ausbaustufe wird das Prüf- und Technologiezentrum Immendingen aus einer Vielzahl von Modulen bestehen. Wesentliche Elemente des Prüfgeländes sind der 3-spurige Ovalrundkurs sowie die Stadt- und Landstraßen, die insgesamt ein komprimiertes Abbild dessen ergeben, was jeder Autofahrer aus dem Straßenverkehr typischerweise kennt.



Auf der Schlechtweg-Verschmutzungsstrecke sorgt ein 300 PS-Modell (Nennleistung 220 kW, maximale Zugkraft 1.200 Nm, Unimog U 430) aus der Baureihe Unimog-Geräteträger für den stets akkuraten Zustand des Messfelds. Vorn hilft ein Erdhobel mit Sprühmittelanlage bei der notwendigen Glättung der Teststrecke.

Verbandsversammlung des LFV Bayern in Amberg:

Brennende Probleme

Mit klaren Forderungen an die Landes- und Bundespolitik wartete der mit einem überwältigenden Ergebnis wiedergewählte Vorsitzende Alfons Weinzierl bei der 22. Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern in Amberg auf. Heftige Kritik übte er am Bund, der sich seiner Verantwortung im Katastrophenschutz entziehe.

Wie Weinzierl betonte, sei der Bund in der Vergangenheit mehrfach aufgefordert worden, seiner Verpflichtung im Bevölkerungsschutzkonzept entsprechend den eigenen Vorgaben nachzukommen und die dafür erforderlichen Mittel von jährlich 57 Mio. Euro auf Bundesebene bereit zu stellen.

Ausmusterung

Theoretisch stünden in Bayern 313 Löschgruppenfahrzeuge, Schlauchwagen oder Dekontaminationsfahrzeuge zur Verfügung. Davon fehlten derzeit jedoch 127 Fahrzeuge. 43 der vorhandenen Löschgruppenfahrzeuge seien 24 Jahre und älter und stünden kurz vor der Ausmusterung. Laut Weinzierl hilft es den Feuerwehren wenig, wenn die Politik die Ehrenamtlichen der Feuerwehren und der Hilfsorganisation und deren sicherheitsrelevantes Ehrenamt überaus loben, auf der anderen Seite aber diesen Worten keine Taten folgen. „Vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen durch den Bund scheinen dies nur leere Worte gewesen zu sein, die an der Basis auf völliges Unverständnis stoßen.“

Zusagen einhalten

Weinzierl mahnte auch vom Freistaat die Einlösung der Zusagen an, die unter den Eindrücken der Hochwasserkatastrophe gemacht wurden. Die Ausstattung der Feuerwehren mit Gerätschaften zur Bewältigung von solchen Großschadenslagen habe nun höchste Priorität.

Eindrücklich hob der Verbandsvorsitzende zudem das ehrenamt-

wortlich für die Vertriebskoordination in Deutschland, restümiert: „Wir sind sehr zufrieden mit dem Verlauf der Roadshow. Die zahlreichen Besucher haben uns gezeigt, dass seitens der Kommunen und Dienstleister nach wie vor großes Interesse an unseren qualitativ hochwertigen und effizienten Systemlösungen besteht. Auch bei den viel diskutierten Themen wie der umweltfreundlichen Unkrautvernichtung und den Abgasnormen können wir mit unserem Produktportfolio die Anforderungen unserer Kunden und der Gesetzgebung erfüllen.“

Die Roadshow endete mit einem großen Finale im Holder-Werk im schwäbischen Metzingen. Auf der Abschlussveranstaltung wurden zusätzlich interessante Fachvorträge und Werksführungen geboten.

derung von den Kommunen, den Landkreisen und des Freistaats, die es zu bewältigen gilt.

Feuerweherschulen

Große Sorge bereitet Weinzierl die Personalsituation an den drei bayerischen Feuerweherschulen. Er kritisierte den Umstand, dass in die Ausbildung der neuen Lehrkräfte viel Geld je Lehrkraft vom Freistaat investiert werden, diese aber aufgrund der aktuellen Bezahlung neue Herausforderungen an anderer Stelle suchen und dadurch der Lehrauftrag der Schulen nur bedingt ganzheitlich erfüllt werden könne. Die knapp 60 % ige Lehrgangabdeckung bezeichnete er als indiskutabel und schnellstmöglich abzustellen.

Brandübungscontainer

Als positiv vermerkte der LFV-Präsident, dass den bayerischen Feuerwehren seit diesem Jahr ein mobiler Brandübungscontainer zur Verfügung gestellt wird, der für die einsatznahe und praktische Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern unerlässlich ist. Darüber hinaus sei vorerst für die nächsten drei Jahre die Ausbildung von über 7.000 Atemschutzgeräteträgern sichergestellt. Zudem hob Weinzierl die Fortführung des Sondersignal-Fahrtrainers für die Ausbildung der Fahrzeugmaschinisten hervor. Auch sei für die nächsten Jahre die Fortführung der Kampagnen zur Mitgliederwerbung, erneut finanziert durch Mittel des bayerischen Innenministeriums, gewährleistet.

Innenminister Joachim Herrmann ging auf die Forderungen des LFV Bayern ein und versprach auf den Bund zuzugehen, um die ungelösten Probleme einer Besserung zuzuführen. Außerdem eröffnete er die Feuerwehreaktionswoche 2015 unter dem Motto „Frauen zur Feuerwehr!“.

Frauen als klarer Gewinn für die Feuerwehr

Herrmann zufolge sind Frauen ein klarer Gewinn für die Feuerwehr. Er appellierte an alle Interessierten, das Angebot des Landesfeuerwehrverbandes zu nutzen und sich unter www.frauen-zur-feuerwehr.de über den Alltag der über 25.000 Feuerwehrfrauen in Bayern zu informieren.

Die Feuerwehreaktionswoche wurde von zahlreichen Aktionen in ganz Bayern begleitet. Als Teil der Nachwuchskampagne des bayerischen Landesfeuerwehrverbandes unterstützt der Freistaat die Aktion „Frauen zur Feuerwehr“ mit 275.000 Euro. Damit flossen in den vergangenen Jahren fast 1,4 Millionen Euro allein in die Nachwuchswerbung der Feuerwehren. Die Mittel für 2016 stehen schon bereit.

„Mit über 320.000 Feuerwehrfrauen und -männern ist Bayern Spitze im deutschlandweiten Vergleich. Trotzdem müssen wir bereits heute dafür sorgen, dass sich noch mehr Menschen ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren“, unterstrich der Staatsminister mit Blick auf die demografische Entwicklung im Freistaat. **DK**



Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6. Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvoll:

Tiefgaragendächer werden zu Parks und Gärten

Der demographische Wandel verändert das Leben in den Städten schon jetzt. Eine zunehmend alternde Gesellschaft sowie – je nach Region – das Wachsen oder Schrumpfen der Einwohnerzahlen werden die zukünftige Entwicklung des urbanen Raums nachdrücklich prägen. Da zudem immer mehr Menschen in Einpersonenhaushalten leben – heute sind es bereits über 50 Prozent –, werden mögliche Begegnungsräume im öffentlichen Raum immer wichtiger. In hochverdichteten Quartieren ist der Freiraum allerdings knapp, wohnungsnaher Spielplätze sind Mangelware und Parks für Senioren oft nur mühsam erreichbar.

Eine gute Möglichkeit neue urbane Freiräume zu schaffen, bieten attraktiv begrünte Tiefgaragendecken in Wohngebieten – also direkt vor der Haustür der Menschen. Die Fahrzeuge verschwinden unter einer Parklandschaft, die den Anwohnern nicht nur von drinnen einen ansprechenden Ausblick bietet, sondern eben auch Fläche für die unterschiedlichsten Betätigungen und vor allem für Begegnung und Kommunikation. Die Lebensqualität und der Wohnwert in den angrenzenden Gebäuden steigen dadurch beträchtlich.

„Ein intensives Gründach ist durchaus mit bodengebundenen Grünanlagen wie Gärten und Parks vergleichbar. Die Vegetation besteht aus Rasen, Sträuchern und Bäumen und kann einfach mit be-

geh- und befahrbaren Belägen kombiniert werden. Natürlich lassen sich hier auch Bänke sowie Spiel- und Sportgeräte aufstellen“, erläutert Stephan Droog, Direktor von Nophadrain, einem Unternehmen, das sich auf Nutzdachsysteme spezialisiert hat und unter dem Credo „Nutze den freien Raum“ alle Komponenten, die man zur Begrünung von Dächern benötigt, anbietet.

In allen Phasen eines Bauprozesses – vom Entwurf bis zur Ausführung – stehen die Spezialisten von Nophadrain außerdem den Architekten und ausführenden Betrieben zur Seite. In enger Kooperation entstehen flexible, sehr individuell angepasste Lösungen auch für komplizierte Bauvorhaben.

Um Pflanzen auf Dächern einen dauerhaften Lebensraum bieten zu

können, müssen sämtliche Funktionen eines natürlich gewachsenen Bodens auf nur wenige Zentimeter komprimiert werden. Deshalb – und um das darunter liegende Dach langfristig optimal zu schützen – ist bei einer Intensivbegrünung zuvor der Aufbau spezieller Funktionsschichten notwendig. Bei den intelligenten Systemen von Nophadrain werden verschiedene Funktionsschichten – von der Wurzelschutzschicht bis zur Vegetationstragschicht – in der Struktur einer nutzbaren Dachfläche zu einem Gesamtprodukt.

Herzstück

Das Herzstück dabei ist das ND 4+1h Drainagesystem, das mehrere wichtige Funktionen im Dachbegrünungsaufbau vereint. Es ist gleichzeitig Filter-, Drainage- und Schutzschicht. Außerdem ist es mit einem Wasserspeicher ausgestattet, der die Bepflanzung versorgt. Gleichzeitig sorgt das System aber auch dafür, dass sich kein überschüssiges Regenwasser auf dem Dach anstaut. Da das ND 4+1h Drainagesystem auf einer Rolle geliefert wird, kann es

schnell und unkompliziert verlegt werden. Es ist CE-markiert und hat eine Dauerhaftigkeit von mindestens 25 Jahren nach DIN EN 13252. Soll auf einem Dach eine intensive Begrünung entstehen, d.h. Pflanzen mit einem großen Wasserbedarf sowie Rasen und Stauden, kommen neben dem Drainagesystem auch die ND WSM-50 Wasserspeichermatten zum Einsatz. Damit kann analog dem natürlichen Bodenprofil (Unterboden/Oberboden) Wasser gespeichert werden.

Eine Vernässung des Dachgartensubstrates, Unterboden/Oberboden ist ausgeschlossen, da sich das Wasser in den unteren vier Zentimetern der Speichermatte sammelt und über den oberen Bereich kapillar je nach Bedarf an die Vegetationsschicht weitergegeben wird.

Entlastete Kanalisation

Der Vorteil bei der Begrünung von Tiefgaragen- und anderen Dächern ist nicht nur der zusätzliche Freiraumgewinn. Es geht dabei auch ganz entscheidend um das Thema Wasser. „Eines der Symptome des Klimawandels sind immer öfter auftretende Starkregenfälle, die die Abwassersysteme der Städte außergeräuchlich belasten. Begrünte Dächer speichern das Regenwasser und geben es bei hoher Belastung verzögert ab. Die Kanalisation kann so entlastet werden“, erklärt Droog. „Auch dem zunehmenden sommerlichen Hitze- und Regenproblem im urbanen Raum kann man mit Gründächern gut entgegenwirken. Im Gegensatz zu Betondächern erhitzen sich die bepflanzten Flächen durch die Sonneneinstrahlung nicht so stark. Außerdem hat die Verdunstung des gespeicherten Wassers einen kühlenden Effekt und sorgt so für ein angenehmes Klima in der unmittelbaren Umgebung.“

Weitere Informationen und Projektbeispiele unter www.nophadrain24.de

Spieglein, Spieglein an der Wand...

Wer hat die schönsten und stabilsten Wälder im Land?

In Zeiten des Klimawandels ist eine frühzeitige und fachgerechte Durchforstung unserer Wälder dringend notwendig. Nur so können sich die einzelnen guten und geradwüchsigen Bäume gut entwickeln, die Stabilität der Bäume wird so um ein Vielfaches erhöht.

Wer hier seinen Wald Wald sein lässt, braucht sich nicht wundern, wenn beim nächsten Sturm oder Nassschnee sehr gefährliches Spannungsholz oder Bruchholz aufzuarbeiten ist.

Vorsorge treffen

Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft appelliert deshalb an alle Waldbesitzer: „Durchforsten Sie frühzeitig und mit fachlichem Wissen Ihre Wälder!“ Die Förster des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) oder der Waldbauernvereini-

gungen (WBVen) stehen mit Fachwissen zur Seite. „Gehen Sie mit Ihrem Förster durch den Wald und lassen Sie sich beraten. Für bestimmte Maßnahmen gibt es auch Förderungen vom Staat“, rät die Berufsgenossenschaft. Die Förster wissen die Kriterien und können diese beantragen. Wer zeitlich nicht in der Lage ist, sich um seinen Wald zu kümmern, sollte einen Waldpflegevertrag mit der WBV abschließen. „Die WBVen bieten hier eine Dienstleistung an, ganz individuell auf Sie zugeschnitten.“

Günter Stemplinger



Technik zum Anfassen: An den Fahrzeugen der DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG konnten interessierte Besucher Kanäle befahren und einen Fräsroboter bedienen. Bild: Petra Simon

Lange Nacht der Wissenschaft in Nürnberg:

Mit der D&S Rohrsanierung in die Unterwelt

Die Nacht vom 24. und 25. Oktober 2015 war in Nürnberg, Fürth und Erlangen die „Lange Nacht der Wissenschaften“. Bereits zum siebten Mal luden Förderer und Sponsoren unter der Ägide des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Interessierte in sonst nicht für die Öffentlichkeit zugängliche Labore, Archive und andere Einrichtungen. Zu den Unternehmen, die den Besuchern im Rahmen von „Deutschlands größtem Wissenschaftsfestival“ Einblick in ihren Alltag gewährten, zählte auch die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG.

Das sieht man nicht alle Tage: Die mit Robotertechnik ausgerüsteten Basisfahrzeuge der D&S Rohrsanierung, die pünktlich zum Auftakt der „Langen Nacht der Wissenschaften“ um 18.00 Uhr auf dem Gelände der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm standen, machten sichtbar, was sonst im Verborgenen bleibt.

Getreu dem diesjährigen Veranstaltungsmotto „Orpheus in der Unterwelt“ gewährten die Sanierungsexperten den interessierten Besuchern Einblick in Nürnbergs unterirdische Infrastruktur. „Das

war für manchen insofern ein echtes Aha-Erlebnis, als eine funktionierende Kanalisation in unserer Gesellschaft gemeinhin als Selbstverständlichkeit angesehen wird“, diese Erfahrung hat Dipl.-Ing. Stefan Dümler, Leiter der ZNL Nürnberg, DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GMBH & Co. KG, schon oft gemacht.

Die praktische Vorführung, bei der Besucher eine Haltung auf dem Hochschulgelände mit einer Kamera befahren konnten, machte anschaulich, wie wichtig regelmäßige Inspektionen und rechtzeitige Sanierungen sind, um die Funktionstüchtigkeit dieses Teils der „Unterwelt“ langfristig sicherzustellen.

Teststrecke

Zu Demonstrationszwecken hatten die Spezialisten der D&S Rohrsanierung außerdem eigens einen kurzen KG-Rohrstrang als Teststrecke aufgebaut, den junge und alte Besucher unter Anleitung mit einem Fräsroboter befahren konnten – eine Aktion, die offensichtlich gut ankam, denn zwischen Beginn der „Langen Nacht“ um 18.00 Uhr und Ende um 1.00 Uhr am nächsten Tag waren die Fahrzeuge permanent von Technikbegeisterten umlagert.

In diesem Sinne war auch die diesjährige Veranstaltung für die Mannschaft der D&S Rohrsanierung ein voller Erfolg und Stefan Dümler kann sich gut vorstellen, auch bei der nächsten „Langen Nacht der Wissenschaft“ wieder dabei zu sein.

Weitere Informationen unter www.dus-rohr.de

Deutsche Baumpflegetage 2016:

Facettenreiches Tagungsprogramm für kommunale Fachleute

Baumkrankheiten eindämmen, die Verkehrssicherheit von Stadtbäumen gewährleisten und für die Arbeitssicherheit der Baumpfleger sorgen – dies sind tägliche Herausforderungen in Kommunen. Neue Schädlinge, der Klimawandel und in Teilen widersprüchliche Verordnungen machen kommunalen Mitarbeitern den Umgang mit diesen Aufgaben nicht leicht. Bei den Deutschen Baumpflegetagen vom 26. bis zum 28. April 2016 in Augsburg widmen sich Experten ausführlich den aktuellen Themen in Kommunen und geben den Zuständigen konkrete Handlungsempfehlungen. Zu der bedeutendsten europäischen Fortbildungsveranstaltung für den Bereich Baumpfleger werden erneut zahlreiche Fachbesucher aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern erwartet.

Zentrum der Diskussionen, Fachvorträge und Präsentationen rund um das Thema „Städte und ihre Bäume“ ist der Große Saal in der Messe Augsburg. Hier treffen sich an allen drei Baumpflegetagen Vertreter von Verbänden und Kommunen, Baumpfleger, Sachverständige und Landschaftsarchitekten, um auf neutralem Terrain die neuesten Erkenntnisse auszutauschen und zu diskutieren.

„Was all diese Menschen aus den verschiedensten Tätigkeitsbereichen eint, ist der Baum und der Wille, ihn zu schützen und zu erhalten“, sagt Professor Dr. Dirk Dujesiefken, Organisator der Deutschen Baumpflegetage. In Kommunen, so Dujesiefken weiter, sei diese Aufgabe aufgrund der zahlreichen Gesetze und Interessen besonders komplex. „Dem tragen wir Rechnung und wenden uns mit vielen Fachvorträgen speziell an unsere Tagungsteilnehmer

aus den Grünflächen- und Straßenbauämtern, den Friedhofsverwaltungen und den städtischen Bauhöfen.“ Mit der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) und dem Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik (KWF) haben die Deutschen Baumpflegetage 2016 darüber hinaus zwei starke Fachpartner an ihrer Seite. Sie werden mit Ausstellungen und Aktionen zur Arbeitssicherheit in der Baumpfleger professionellen Präsenz zeigen.

Alleenschutz und Verkehrssicherheit

Am ersten Tag der Tagung bilden die Allees und ihre Verkehrssicherheit den thematischen Schwerpunkt im Großen Saal. „Allees sind ein gutes Beispiel für den Konflikt zwischen Naturschutz und Verkehrssicherheit. Denn die Straßenbaulinie

RPS behandelt Bäume als Hindernis und Gefährdung im Straßenverkehr. Durch die kaum noch einzuhaltenen Verordnungen droht vielen Allees das Aus. Wir verschaffen in Augsburg unterschiedlichen Meinungen Gehör und geben Anregungen für Kompromisslösungen“, erklärt Professor Dujesiefken.

Um Lösungen, Erfahrungen und Erkenntnisse geht es auch an Tag 2 der Tagung, wenn die Ursache, Vorsorge und Behandlung von Baumkrankheiten im Mittelpunkt stehen. So zum Beispiel das Eschentriebsterben und Rosskastaniensterben sowie die Schäden des neu eingeschleppten Asiatischen Laubholzbockkäfers, der in Deutschland ganze Wälder auszurotten droht. Weitere Vorträge befassen sich mit Themen wie der Standsicherheit von Bäumen nach Baumaßnahmen, Schäden durch Baumwurzeln auf Nachbargrundstücken und dem Mykorrhiza-Einsatz an Stadtbäumen.

Innovationen für den Arbeitsalltag: Die Baumpfleger-Messe

Ihre fachliche Abrundung finden die Deutschen Baumpflegetage 2016 erneut in der tagungsbegleitenden Messe. „Wie die Tagung selbst hat sich auch die Messe der Deutschen Baumpflegetage in den vergangenen zwei Jahrzehnten zur größten ihrer Art im europäischen Raum entwickelt, worauf wir sehr stolz sind. Wir rechnen auch dieses Mal mit mehr als 120 Ausstellern, darunter die namhaften internationalen Fachhändler für den Bereich Baumpfleger. Sie werden erneut Produktneuheiten im Gepäck haben, die künftig im Arbeitsalltag kommunaler Pflegekolonnen eine bedeutende Rolle spielen werden“, sagt Professor Dujesiefken.

Im Kletterforum bekommen die Baumpfleger und Seilkletterer bei den Deutschen Baumpflegetagen 2016 erneut ein praxisorientiertes, auf ihren Berufszweig zugeschnittenes Programm geboten, das Fachvorträge mit Vorführungen verbindet. Das Kletterforum, das in den

25 Jahre Automobile Georg Scherieble
Ihr zuverlässiger Partner

Wir kaufen Ihre Gebrauchtfahrzeuge!

Faire Konditionen, seriöse und zuverlässige Abwicklung

PKW, Transporter, Nutzfahrzeuge

alle Alters- und Zustandsklassen
Besichtigung und Bewertung auch vor Ort
Bitte kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:
Tel.: 08204-9608102 · Mobil: 0171-6115055
Fax: +49 8204 9608103 · E-Mail: info@scherieble.de

Automobile Georg Scherieble · Schelmenlohe 13 · 86866 Mickhausen

Landkreis Aschaffenburg:

Winterdienst ist bereit

Die Straßenverwaltung des Landratsamtes Aschaffenburg ist für den kommenden Winter gewappnet. Die Salzsilos in Schneppsbach, Jakobsthal und Bessenbach sind mit 1230 Tonnen Streusalz gefüllt.

Mit sechs Winterdienstfahrzeugen sorgt die Straßenmeisterei mit dem Streu- und Räumdienst für sichere Straßen im Landkreis. Der Fuhrpark besteht aus vier eigenen und zwei angemieteten Winterdienstfahrzeugen, welche aufgerüstet und einem kurzen Testlauf unterzogen wurden. Auch die Rufbereitschaftspläne sind erstellt.

Bewährt hat sich dabei die Kooperation mit dem Staatlichen Bauamt. Insgesamt werden so 38 Kilometer (km) Staatsstraße, 93 km Kreisstraße, das Schulzentrum Hösbach sowie 10 km straßenbegleitende Geh- und Radwege betreut.

Alle Fahrer, welche im Winterdienst eingesetzt werden, absolvierten ein eintägiges Fahrersicherheitstraining des ADAC, welches speziell auf den Winterdienst zugeschnitten ist.

DWA-Landesverbandstagung in Straubing:

Heute schon für morgen planen

Rund 450 Fachleute aus der Wasserwirtschaft nahmen an der DWA-Tagung des Landesverbandes Bayern in Straubing teil. Unter dem Motto „Wasserwirtschaft im Blickpunkt – heute schon für morgen planen“ wurde dabei das Augenmerk auf die Notwendigkeit einer vorausschauenden Planung gelegt.

Bevorstehende gesellschaftliche Veränderungen oder technische Weiterentwicklungen können nur durch permanenten Wissenstransfer und daraus resultierende strategische Überlegungen bewältigt werden. Dies sichert den Bestand und spart nicht nur personell sondern auch finanzielle Ressourcen.

Im Rahmen der Tagung trat der DWA-Landesverband der Bayerischen Klimaallianz bei. Die Urkunde wurde von Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf und Landesverbandsvorsitzendem Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günthert feierlich unterzeichnet.

Wie die Staatsministerin erläuterte, stelle Bayern sich seiner Verantwortung für den Klimaschutz: „Weltweit schreiten die Klimaveränderungen voran. Auch Bayern bleibt nicht verschont. Deshalb müssen wir jetzt handeln und gemeinsam Bayern klimasicher machen. Jeder kann seinen persönlichen Beitrag leisten. Mit der Klima-Allianz schaffen wir bayernweit ein erfolgreiches Bündnis für den Klimaschutz.“

Die DWA trat als 32. Partner der Bayerischen Klima-Allianz bei. Mit seinem aktuellen Projekt „Audit Hochwasser – wie gut sind wir vorbereitet?“ bietet der DWA-Landesverband

bayerischen Kommunen, Verbänden und Betrieben an, den Stand ihrer Hochwasservorsorge mit den Verantwortlichen vor Ort zu analysieren. Scharf: „Die DWA macht sich für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Wasserpolitik stark. Dabei verbindet sie die Wasserwirtschaft mit der Energie- und Kreislaufwirtschaft.“

Bayerische Klima-Allianz

Die Bayerische Staatsregierung hat die Bayerische Klima-Allianz 2004 gemeinsam mit dem Bund Naturschutz gegründet. Die Partner der Klima-Allianz aus Umwelt- und kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Jugendarbeit, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft repräsentieren ein breites Spektrum der bayerischen Bevölkerung. Gemeinsames Ziel ist es, die jährlichen Treibhausgas-Emissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen pro Einwohner zu senken.

In einem gemeinsamen Vortragsblock wurde über aktuelle Änderungen und Neuerungen im Wasserrecht berichtet sowie die Neuaufgabe des entsprechenden Sonderdrucks vorgestellt. Ebenso folgte ein Update zur Umsetzung der 2. Runde der Wasser-Rahmenrichtlinie für die Be-

reiche Abwasser und Gewässer.

In den zwei parallel stattfindenden Seminarreihen Gewässer und Abwasser wurden anschließend u. a. Vorträge zur Kanalinstandhaltung, der kontinuierlichen Energieoptimierung auf Kläranlagen oder möglichen Wegen zum Ausstieg aus

Bayerischer Heilbädertag in Bad Staffelstein:

Weg frei für maßgeschneiderte Präventionsangebote

Der Bayerische Heilbäder-Verband e.V. und der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) wollen künftig im Dialog mit Pflegekräften mehrtägige Präventionsmaßnahmen entwickeln. Hierzu unterzeichneten sie auf dem 69. Bayerischen Heilbädertag in Bad Staffelstein eine Kooperationsvereinbarung. Ein erstes Pilotprojekt wird derzeit bereits in Bad Reichenhall erarbeitet.

Der bpa unterhält bundesweit 9.000 Pflegeeinrichtungen mit 300.000 Mitarbeitern, darunter 1.000 Einrichtungen in Bayern. „Nach dem AOK-Report Pflege ist der Krankenstand der Beschäftigten in bayerischen Pflegeheimen um mehr als 40 Prozent höher als der Durchschnitt der Beschäftigten aller Branchen“, konstatierte der einstimmig wiedergewählte erste Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes, Klaus Holetschek zur Begründung für diese Initiative. „Das ist kein Wunder, denn Pflegekräfte arbeiten unter einer hohen psychischen und körperlichen Belastung. Wir müssen jetzt auch handeln. Die steigende Zahl von Pflegebedürftigen machen die Arbeit der Pflegekräfte zunehmend unentbehrlich.“

Laut bpa-Bundesvorsitzendem Bernd Meurer hängt der hohe Krankenstand mit den gestiegenen Anforderungen an die Pflegekräfte zusammen. Was vor 20 Jahren noch in den Intensivstationen der Kliniken gelegen sei, liege jetzt als Schwerst-Pflegefall in den Heimen. Die hohen Erwartungen der Angehörigen üben ebenfalls Druck auf die Pflegekräfte aus. „Die Mitarbeiter sind aber das größte Kapital der Unternehmen, deshalb machen wir gerne mit. In 20 Jahren werden wir vier Millionen Pflegebedürftige haben. Unser Anliegen ist deshalb, unsere Mitarbeiter gesund zu halten.“

Als sinnvoll bezeichnete Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml dieses Projekt in ihrer Festrede. Die Pflegekräfte gehörten zu einer Berufsgruppe, die mit sehr viel Herz bei der Sache ist, um alle Anforderungen der Kranken und der An-

trachtet ganz gezielt auch die Chancen, die sich für die Biodiversität ergeben. An Dauermessstellen findet jährlich und auf freiwilliger Basis ein Monitoring von Pflanzen und in größeren Abständen auch von Insekten, Käfern und weiteren Kleintieren statt. Die Erfolge sprechen für sich: Heute blickt man auf einen in der Region einmaligen Kalkmagerrasen mit vielen Pflanzenarten der bayerischen Roten Liste. In dem Gebiet liegen auch zwei extensiv bewirtschaftete Äcker, die ein Refugium für Wildkräuterarten darstellen. Diese Äcker wurden 2012 in das Schutzgebietsnetz „100 Äcker für die Vielfalt“ aufgenommen und ausgezeichnet. In dem Projekt wird ein bundesweites Schutzgebietsnetz für Ackerwildkräuter errichtet.

Nicht zuletzt investiert das Würzburger Unternehmen auch in die Umweltbildung: Ein Natur- und ein Wasserlehrpfad lässt Wanderer am „Naturerlebnis artenreiche Wiese“ teilhaben. Auch Reste eines Streuobstgürtels wurden in

der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung anhand praktischer Beispiele präsentiert. Das brisante Thema Flutpolder stand in Bezug auf Strategie, Planung und Betrieb ebenso auf dem Programm wie die Umsetzungsmöglichkeiten der EG-Wasserrahmenrichtlinie zum Beispiel hinsichtlich Bodenerosion und Stoffeinträgen.

Der Workshop „Finanzierung der Aufgabe Abwasserentsorgung“ widmete sich unter der Leitung von Dr. Juliane Thimet

vom Bayerischen Gemeindetag einem Dauerthema und griff unter anderem die Themen „Rechtliche Einordnung von Kanälen“, „Gesplittete Abwassergebühr“ und „Rücklagenbildung“ auf.

Im Rahmen der Abendveranstaltung wurde zum zweiten Mal der Max-von-Pettenkofer-Preis an Absolventen bayerischer Hochschulen verliehen. Über die Auszeichnung durfte sich Stefan Böhm von der TUM für seine Masterarbeit „Untersuchungen zum Einfluss von

Streusalz auf den Sedimentationsprozess in Regenrückhaltebecken an Autobahnen“ freuen.

Begleitet wurde die DWA-Tagung auch in diesem Jahr von einer Fachausstellung, bei der 75 Firmen über ihre Angebotspalette, Produkte und Dienstleistungen informierten. Im Rahmen einer Postersession präsentierten bayerische Hochschulen aktuelle interessante Projekte.

Die Fachexkursionen zum Abschluss der zweitägigen Veranstaltung führten zu zwei aktuellen und interessanten Zielen. Auf der Kläranlage Straubing wurden einige innovative Projekte im Rahmen der Fachexkursion „Abwasser“ präsentiert. Für den Fachbereich „Gewässer“ bot das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf schließlich eine fachkundige Führung zum geplanten Flutpolder Oberauer Schleife an. **DK**

bad oder die ambulante Therapie am Wohnort. Der Startschuss für diese Studie, durchgeführt vom Lehrstuhl für Public Health und Versorgungsforschung (IBE) an der Ludwig-Maximilians-Universität München, fiel in Bad Staffelstein.

Gefördert wird die Untersuchung vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit aus Mitteln des Bayerischen Gesundheitsministeriums. Die Studie verspricht Huml zufolge wissenschaftlich wichtige und neue Erkenntnisse über die Wirksamkeit verschiedener Präventionsmaßnahmen. Da Gesundheitsförderung und Prävention Chancen in jedem Alter und in jeder Lage bieten, begrüßt die Ministerin das im Sommer in Kraft getretene Präventionsgesetz des Bundes. Es stärke die Zusammenarbeit aller Sozialversicherungsträger, fördere Prävention in den Lebenswelten der Menschen und verbessere die gesundheitliche Chancengleichheit.

Als nächster Schritt werde eine nationale Präventionsstrategie entwickelt. Bayern werde hieran mitarbeiten, denn sie müsse auf Landesebene umgesetzt werden. Die Krankenkassen schlossen dafür Landesrahmenvereinbarungen mit den in Bayern zuständigen Stellen. **DK**

Neue Broschüre zur Wasserwirtschaft:

Unternehmen als Botschafter für biologische Vielfalt

Mit ihrer Verantwortung für biologische Vielfalt und Ökosysteme beschäftigen sich immer mehr Branchen. Die neue Publikation „Unternehmen der Wasserwirtschaft – aktiv für die biologische Vielfalt: Handlungsmöglichkeiten und gute Beispiele“ zeigt auf, wie sich Unternehmen und Verbände der Wasserwirtschaft als ideale Botschafter für das Thema stark machen können. Das Projekt zeigt vorbildliches Engagement auf und will Branchenakteure zum Handeln motivieren.

Möglich wurde es durch eine Allianz der 'Biodiversity in Good Company' Initiative mit den Berliner Wasserbetrieben, BDE, DWA, NABU, Veolia Deutschland und VKU sowie zahlreichen Unternehmen, die Praxisbeispiele präsentieren. Das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesumweltministerium haben die Broschüre als Beitrag zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt gefördert.

Erläutert werden die „blau-grünen“ Synergien von Wasserschutz und biologischer Vielfalt sowie Ansätze in fünf Handlungsfeldern: Firmenstandorte als wertvolle Lebensräume, Trinkwassergewinnungsgebiete als besondere Flächen, Kooperationen mit der Landwirtschaft, Naturnähe in der Gewässerunterhaltung sowie gesellschaftliches Engagement durch die Förderung von Projekten.

Als bayerische Praxisbeispiele aus dem Bereich Trinkwassergewinnungsgebiete wurden die Stadtwerke München (SWM) mit dem Trinkwassergewinnungsgebiet Mangfalltal, Loissachtal und Münchner Schotterebene sowie die Trinkwasserversorgung Würzburg ausgewählt.

Besonders bekannt ist das seit 1992 bestehende Programm der SWM zur Förderung der Ökologisierung der Landwirtschaft (siehe nachstehend). Doch auch andere Maßnahmen zum Trinkwasserschutz unterstützen gezielt die biologische Vielfalt: Um durch lange Wachstumsperioden vielen Arten ein Refugium zu geben, werden viele Wiesen nur ein- oder zweimal jährlich gemäht und das erst, wenn die

Feldblumen ausgesamt haben. Der Lohn: eine vielseitige Flora – mit Knabenkraut, der einheimischen Lilienart Türkenbund sowie einer Vielzahl von seltenen Gräsern und Kräutern.

Auch 1.800 Hektar eigener Mischwald, die im Mangfalltal über viele Jahre entwickelt wurden, bieten wertvolle Lebensräume. Der SWM Forstbetrieb ist Mitglied im Naturlandverband und arbeitet nach den ökologischen Naturland-Richtlinien. Zudem ist der Wasserschutzwald zertifiziert nach dem Forest Stewardship Council (FSC). Übrigens haben die SWM ihre gesamte Wassergewinnung freiwillig der EMAS-Zertifizierung unterzogen. Seit einigen Jahren gewinnt auch bei EMAS der Aspekt biologische Vielfalt an Bedeutung.

Zeller Quellen

Für die Würzburger Wasserversorgung haben die Zeller Quellen eine große Bedeutung, da fast 50 % des Trinkwassers aus dem Gebiet gewonnen werden. Empfindliche Böden und die geringen Niederschläge in der Region erhöhen die Schutzbedürftigkeit des Gebietes. Das veranlasste die Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH, damals noch Stadtwerke, bereits im Jahr 1986 dazu, ca. 120 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Fläche zu erwerben, um diese aus der intensiven Nutzung zu nehmen. Es erfolgte eine konsequente Entwicklung hin zu extensivem Grünland.

Doch nicht nur das: Die Trinkwasserversorgung Würzburg be-

gehörigen zu erfüllen und die darüber vergisst, auf sich selbst zu schauen.“ Mit den neuen Angeboten habe der Heilbäder-Verband „den richtigen Riecher“ bewiesen, so Huml.

Einmaliges Förderprogramm

Nach wie vor seien Kurorte und Heilbäder ein enormer Wirtschaftsfaktor für die Gesundheitswirtschaft im ländlichen Raum und spielten bei der gesundheitlichen Versorgung der Menschen eine wichtige Rolle, stellte die Ministerin fest. Deshalb unterstütze die bayerische Staatsregierung mit einem bundesweit einmaligen Förderprogramm Kurorte und Heilbäder, ihre Potentiale auf dem Gesundheitsmarkt zukunftsgerichtet auszuschöpfen.

Gefördert würden Ideen und Initiativen, die einerseits auf die gewachsenen Ansprüche der Gäste eingehen, andererseits neue medizinische Zukunftsthemen aufgreifen – wie Burnout, Herz-Kreislaufkrankungen und Allergien. Ziel sei es, die medizinische Qualität in den bayerischen hochpräzisierten Kurorten und Heilbädern sowie anerkannten Heilquellen und Moorkurbetrieben zu heben, so dass sie in der Gunst der Kurgäste steigen.

Das Förderprogramm werde inzwischen sehr gut angenommen, die Zahl der Anträge nehme kontinuierlich zu. Aufgrund der Bedeutung der Kur- und Heilbäder für den ländlichen Raum sei auch die Laufzeit des Programms bis zum 31.12.2017 verlängert worden. In diesem Rahmen ist es nach Humls Dar-

dem Gebiet wiederbelebt. Die Bäume wurden im Rahmen von Baumpatenschaften Kinderkrippen und den örtlichen Schulen zur Verfügung gestellt, die so jedes Jahr Obst pflücken können.

Im Handlungsfeld „Kooperationen mit der Landwirtschaft“ wird in der Publikation folgendes bayerisches Praxisbeispiel angeführt: Seit 1992 fördern die SWM mit der Initiative „Ökobauern“ den ökologischen Landbau im Einzugsgebiet der Wassergewinnung im Mangfalltal. Die Zusammenarbeit mit Ökoverbänden, in diesem Fall neben Naturland und Bioland auch Biokreis und Demeter, ist eine tragende Säule des Konzepts.

Rund 150 Landwirte mit einer Fläche von ca. 3.500 Hektar haben bereits ihre Betriebe von traditioneller auf Boden und Gewässer schonende Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung umgestellt. Entstanden ist so eines der größten zusammenhängend ökologisch bewirtschafteten Gebiete in ganz Deutschland. **DK**

stellung jetzt auch möglich, Projekte zur Betrieblichen Gesundheitsförderung zu unterstützen.

Bislang wurden 34 Förderbescheide mit einem Umfang von insgesamt 4,1 Millionen Euro erstellt. Die Bayerische Gesundheitsagentur geht davon aus, dass bis Jahresende 2015 weitere neun Fördermaßnahmen bewilligt werden können. Bis Ende 2015 könnte sich die Gesamtfördersumme dann auf ca. 5,2 Millionen Euro belaufen.

Huml zufolge können neue und moderne Konzepte das Gesundheitsprofil der Kurorte schärfen – besonders im Bereich der Früherkennung, Prävention und Rehabilitation. Bayerns Kurorte und Heilbäder sollen so nicht nur an Attraktivität gewinnen, sondern auch zu modernen Gesundheitszentren für eine immer gesundheitsbewusstere Gesellschaft weiter entwickelt werden.

Vergleichsstudie

Dass mehrwöchiges Kuren sich nachhaltig positiv auf die Gesundheit auswirkt, will der Bayerische Heilbäderverband jetzt auch wissenschaftlich beweisen, fuhr die Ministerin fort. In einer großen Vergleichsstudie mit 500 Teilnehmern lässt er untersuchen, was besser wirkt – eine mehrwöchige Kur in einem bayerischen Kurort oder Heil-

Kommunale Fachforen der Bayerischen Gemeindezeitung



BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

www.bayerisches-wasserkraftforum.de



BAYERISCHES INFRASTRUKTUR FORUM

www.bayerisches-infrastrukturforum.de



BAYERISCHES ENERGIE FORUM

www.bayerisches-energieforum.de



BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

Bayerische Gemeindezeitung

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Veranstaltungen: Theresa von Hassel
Telefon: 08171/9307-10, Telefax: 08171/9307-22

hassel.theresa@gemeindezeitung.de - veranstaltungen@gemeindezeitung.de

[www.twitter.com/gz_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)

www.facebook.com/GZaktuell

www.gemeindezeitung.de

VBS-Jahrestagung 2015 in Bamberg:

Vorrang für fairen Wettbewerb

330 Gäste und Mitglieder konnte der wiedergewählte VBS-Präsident Otto Heinz bei der Jahrestagung des Verbandes in Bamberg willkommen heißen. Im Mittelpunkt stand die Frage, welchen Herausforderungen sich die Kreislaufwirtschaft künftig stellen muss. Unter dem Motto „Zukunftswerkstatt Recycling- und Entsorgungswirtschaft“ diskutieren dies Petra Hutner (Universität Augsburg), Dr. Siegfried Kreibe (Geschäftsführer bifa Umweltinstitut) und VBS-Präsident Otto Heinz.

Die Teilnehmer erörterten, worauf sich die Branche bis zum Jahr 2030 einstellen muss. Dabei lag das Augenmerk vor allem auf den sozioökologischen Faktoren. So wurden unter anderem die Auswirkungen des Klimawandels, die Energieverfügbarkeit, der demografische Wandel und das veränderte Umweltbewusstsein der Bevölkerung beleuchtet. Wie VBS-Präsident Otto Heinz betonte, „bietet unsere Branche Lösungsmöglichkeiten für die Umweltproblematik und die sich verschärfende Rohstoffknappheit an. Damit wir diese Aufgabe leisten können, muss die Politik für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen.“

In seinem Kampf gegen den aktuellen Trend zur Verstaatlichung der Hausmüllabfuhr in den Kommunen erfuhr der VBS prominente Unterstützung durch Dr. Klaus Holthoff-Frank, Generalsekretär der Monopolkommission der Bundesregierung. Nach seinen Worten steht die Monopolkom-

mission dem Eingreifen der Kommunen in die Privatwirtschaft grundsätzlich kritisch gegenüber. „Kommunen, die ihre einmal privatisierte Hausmüllentsorgung wieder in kommunale Trägerschaft überführen, ignorieren oftmals die finanziellen Vorteile, die eine Ausschreibung an private Unternehmen mit sich bringt“, erklärte Holthoff-Frank. Die seit langem sehr erfolgreiche Praxis der Ausschreibung von Entsorgungsleistungen zeige, dass private Unternehmen die erforderlichen Leistungen ebenso hochwertig erbringen wie kommunale Entsorger.

Präsident Heinz zufolge sind kommunale Entsorgungsbetriebe regionale Quasi-Monopolisten, die nach Belieben an der Gebühren- und an der Leistungsschraube drehen können. Da viele kommunale Betriebe jedoch zu ineffizient arbeiten, würden trotz der Monopolstellung oft keine hinreichenden Erträge erwirtschaftet. „Das ist natürlich keine Situation,

die man sich ewig anschauen kann, also gleichen viele Kommunen die fehlende Liquidität mit Steuermitteln oder gleich durch Gebührenerhöhungen aus. Schon heute zahlen die bayerischen Bürger aus Landkreisen mit staatlichen Betrieben rund 14 Prozent mehr als privat entsorgte Landkreise“, stellte Heinz mit Blick auf eine jüngst vorgestellte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft fest. „Fraglich bleibt, wie viele kommunale Entsorger mithilfe von Steuermitteln künstlich am Leben erhalten werden. Das kommuniziert man natürlich nicht breit.“

Gefahr überhöhter Gebühren

Was die Mehrbelastung der Bürger in Landkreisen mit kommunaler Entsorgung anbelangt, wies Holthoff-Frank darauf hin, dass auch aus der Sicht der Monopolkommission die Kommunen nur selten für einen effizienten Betrieb von Entsorgungs- und Recyclingunternehmen sorgen. Dies könne zu einem Anstieg der Gebühren über das Wettbewerbsniveau führen. „Fehlender Wettbewerb führt meist zu ökonomischen Ineffizienzen. Ineffizienzen führen zu steigenden Entgelten. Verein-

facht kann man sagen: Fehlender Wettbewerb führt zu überhöhten Gebühren.“

Unterstützung erfuhr der VBS auch von Albert Duin, Landesvorsitzender der FDP Bayern, der die mittelständisch geprägte bayerische Entsorgungswirtschaft als „langjährigen, zuverlässigen Partner der Kommunen“ bezeichnete. Die Rekommunalisierung führt nach Duins Auffassung vielerorts zu höheren Kosten für die Bürger und gefährdet die mittelständisch geprägte private Entsorgungswirtschaft. Kommunale Aufträge sollten grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden, die steuerliche Bevorzugung kommunaler Anbieter sei aufzuheben. Es dürfe nicht sein, dass mit dem Argument der Daseinsvorsorge ein fairer Wettbewerb verhindert wird.

BMZ-Projekte

In seiner Festrede erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Silberhorn MdB, welche Projekte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt, damit auch Länder der Dritten Welt eine funktionierende Abfallentsorgung aufbauen können.

Silberhorn zufolge verwenden Kommunen in Entwicklungsländern zwischen 20 und 50 Prozent ihres kommunalen Budgets, um Abfälle zu sammeln. Dennoch gebe es für viele Menschen in den Städten keine Müllabfuhr. Ein Teil der Abfälle werde überhaupt nicht entsorgt und bleibe im Wohnumfeld. Wilde Müllkippen seien keine Seltenheit und die Recyclingquoten gering.

Müll sei aber nicht nur Problem, sondern auch Ressource, fuhr der Staatssekretär fort. Abfallwirtschaft und Recycling schaffen Einkommen für ärmere Bevölkerungsschichten. „In China hängen circa 10 Millionen Arbeitsplätze von Recycling und der Wiederverarbeitungsindustrie ab. Hier können Wertstoffe weiterverwertet und Arbeitsplätze geschaffen werden. Und die Städte sind sauber! In China liegen keine Plastikflaschen

Aufbereiter/Verwerter beleuchtet. Ein Wertstoffgesetz mit deutlich höheren Recyclingquoten sahen alle Beteiligten als einen wichtigen Lösungsbeitrag an. Wenn aus zeitlichen Gründen ein neues Wertstoffgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr realisiert werden könne, sollte zumindest eine 8. Novelle der Verpackungsverordnung mit höheren Recyclingquoten auf den Weg gebracht werden, hob Dr. Gottfried Jung vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium hervor.

Grund zur Klage bietet aus Sicht der Recyclingunternehmen aber auch, dass sie nicht mit vertraglich zugesagten Qualitäten beliefert werden. Materialprüfung und Reklamationen stellten für die Unternehmen einen hohen Zeit- und Kostenaufwand dar, der kaum zu leisten sei. Das faktisch bestehende Oligopol der Dualen Systeme gestalte es außerdem extrem schwierig, Lieferungen mit mangelhaften Qualitäten zurückzusenden.

byse-Vizepräsident Herbert Snell machte deutlich, dass er nicht nachvollziehen könne, warum vertraglich zugesicherte Qualitäten nicht geliefert werden könnten. „Wir brauchen Klasse und Masse“, ergänzte auch byse-Fachverbandsvorsitzender Dr. Dirk Textor. Dazu seien individuelle Qualitätsvereinbarungen zwischen Lieferanten und Verwertern notwendig. Ziel müsse es allerdings sein, dass die Qualitätsprüfung zukünftig beim Lieferanten stattfindet. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Dualen Systeme.

Dass zur Sicherung stabiler Mengen und Qualitäten Handlungsbedarf besteht, räumten denn auch die anwesenden Vertreter der Dualen Systeme ein und signalisierten Gesprächsbereitschaft. **DK**

oder Papier auf den Straßen, denn Plastik und Papier sind dort Wertstoffe und damit eine attraktive Geldquelle“, so Silberhorn.

Sein Ministerium kümmere sich vor allem darum, BMZ-Partnerländer dabei zu unterstützen, Abfall besser zu entsorgen und damit auch klimaschädliche Emissionen zu vermeiden. Denn rund drei bis fünf Prozent der durch Menschen verursachten globalen Treibhausgasemissionen stammten direkt aus Emissionen der Abfallwirtschaft. Das BMZ führe weltweit Projekte im Abfallsektor durch, mit einem Schwerpunkt in Nordafrika und im Nahen Osten. Deutschland gehöre zu den wichtigsten Gebieten im Abfallwirtschaftssektor.

„Wir unterstützen unsere Partnerländer dabei, eine moderne Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Das kann Beratung zu gesetzlichen Regelungen sein, zu Abfallwirtschaftsgesetzen oder nationalen Standards, zu Abfallgebühren oder zur Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Betreibern für Müllentsorgung, Wertverwertung oder Deponierung. Und wir beraten, qualifizieren und fördern unsere Partner dabei, Logistiksysteme, Verwertungs- und Entsorgungsanlagen zu errichten“, informierte Silberhorn. „Bei allen Beratungen folgen wir dem Grundsatz der Abfallhierarchie: vermeiden – verwerten – beseitigen. Aber wir passen ihn an die jeweiligen Partnerländer an.“

Der Staatssekretär belegte dies mit folgenden Beispielen: In Mosambik lebt die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Hauptstadt Maputo zählt 1,2 Millionen Einwohner. Die täg-

liche Produktion von Abfällen beläuft sich auf 1.000 Tonnen, Tendenz steigend. Das BMZ hat die Stadt dabei unterstützt, die städtische Abfallwirtschaft neu zu regeln. Inzwischen werden 75 Prozent der Abfälle gesammelt und dafür sind Gebühren zu entrichten.

Die zweitgrößte Stadt Mosambiks, Beira, wurde dabei unterstützt, ihren Fluss zu rehabilitieren. Er sollte wieder als natürliches Entwässerungssystem dienen. Dafür muss der Fluss langfristig von Abfall befreit werden. Deshalb arbeitet das BMZ mit der Stadtverwaltung zusammen, um eine dezentrale Abfallentsorgung aufzubauen.

Mehr als zwei Drittel der Partnerländer sind Insel- oder Küstenstaaten. Um das Meer zu schützen, fördert das BMZ moderne Depo- nien und Abwasserreinigung durch Kläranlagen in Küstenregionen in 19 Ländern. Deutschland setzt das Thema auch international auf die Agenda. Mit den Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten in Elmau wurde ein Aktionsplan gegen die Vermüllung der Meere beschlossen, der die Verpflichtung zu konkreten Maßnahmen beinhaltet.

Wie Thomas Silberhorn abschließend konstatierte, können Entwicklungs- und Schwellenländer von der deutschen Recyclingwirtschaft profitieren: „Wir kennen unsere Partnerländer. Sie kennen die Abfall- und Umwelttechnik, in der Deutschland Weltmarktführer ist. Bringen wir also unser Know-how zusammen! Für eine bessere Abfall- und Kreislaufwirtschaft weltweit.“ **DK**

Woche der Abfallvermeidung:

Alternativen zur Wegwerfgesellschaft

Teilen ist Abfallvermeidung, weniger Materialverbrauch schont unsere Ressourcen. Die Europäische Woche der Abfallvermeidung bot auch heuer wieder die zentrale Plattform für Akteure aus Kommunen, Wirtschaft, Bildung und Zivilgesellschaft, um ihre Projekte vorzustellen, Alternativen zur Wegwerfgesellschaft aufzuzeigen und zum Umdenken aufzurufen.

Unter dem Motto „Nutzen statt Besitzen“ widmeten sich hierzu- lande Kommunen, Schulen, Behörden, Netzwerke und Initiativen mit rund 370 Veranstaltungen dem Thema Abfallvermeidung und Ressourcenschutz. Koordiniert wurde die Abfallvermeidungswoche für Deutschland vom VKU.

Wie VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche auf einer Pressekonferenz zum Auftakt der Aktionswoche erklärte, „ist die Teilnahme und Resonanz 2015 noch einmal größer als in den Vorjahren. Mich freut besonders, dass sich zunehmend kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe mit Akteuren der Zivilgesellschaft und jungen Unternehmen zusammenschließen, um für Abfallvermeidung und nachhaltigeren Konsum zu werben.“

Neue Allianzen

Reiche sieht den Grund für die neuen Allianzen in einem gesellschaftlichen Umdenken: „Das Bewusstsein um die Endlichkeit der Ressourcen wächst. Abfallvermeidung ist zum Trend geworden. Langfristig müssen wir zu einer Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum kommen.“

Mit dem Carsharing sei das Motto der Aktionswoche schon in vielen Köpfen angekommen, stellte Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, fest. Es gebe aber noch viele andere Produkte, „die man nicht besitzen muss, sondern sich auch teilen kann“, sagte er mit Verweis auf Bohrmaschinen und andere Geräte, die nicht täglich benötigt würden.

Großen Handlungsbedarf gibt

es Flasbarth zufolge beim Thema Reparaturfreundlichkeit. Es diene nicht der Abfallvermeidung, wenn große Geräte weggeworfen werden müssten, obwohl nur ein kleines Einzelteil defekt sei. So werde für Deutschland gerade ein neues Label geprüft, bei dem Käufer erkennen könnten, dass die Ersatzteile mindestens zehn Jahre erhältlich sind.

Handlungsbedarf

Die Präsidentin des Umweltbundesamtes, Maria Krautzberger, sieht trotz aller Erfolge beim Recycling „erheblichen Handlungsbedarf“, da die Abfallmenge in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht wesentlich zurückgegangen sei. „Nahezu skandalös“ sei das Ausmaß der Lebensmittelabfälle und der Verpackungsmüll beim Außer-Haus-Verzehr. Krautzberger würdigte in diesem Zusammenhang „viele tolle Initiativen in Deutschland und der EU“.

Laut der Vorstandsvorsitzenden der Berliner Stadtreinigung, Tanja Wielgoß, ist Abfallvermeidung „vor allem eine Kopsache“, weshalb das kommunale Unternehmen viel mit Kindergärten und Schulen zusammenarbeite, um ein entsprechendes Bewusstsein zu schaffen.

Die Aktionen in ganz Deutschland gestalteten sich vielfältig. Sie reichten von Bildungsangeboten für Schulen und Fachveranstaltungen über Tausch- und Verschenk- börsen bis hin zu Kleidertauschparties. Kommunale Unternehmen unterstützten etwa Repair-Cafés, Gebrauchtwarenkäufhäuser oder Initiativen vor Ort, die Plastiktüten und To-Go-Verpackungen in der Stadt eindämmen wollten. **KI**

byse-Jahrestagung 2015 in Frankfurt:

Fairplay für mehr Recycling

Die Zukunft der Recycling-, Sekundärrohstoff- und Entsorgungsbranche und die Frage, wie die Politik angesichts vieler neuer Verordnungen und Gesetze die Weichen für die Recycling- und Entsorgungsbranche stellt, standen im Mittelpunkt der diesjährigen byse-Jahrestagung in Frankfurt am Main.

Vor über 360 Teilnehmern wies byse-Präsident Bernhard Reiling darauf hin, dass im Bestreben um mehr Recycling neben klaren Regeln auch „Fairplay für alle Akteure in der Recycling- und Entsorgungsbranche“ gelte. Vor allem in Richtung Kommunen erklärte er mit Blick auf die Auseinandersetzungen um die gewerblichen Sammlungen, dass man nicht Spieler und Schiedsrichter in einer Person sein könne. Diese Kombination würde seit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz verstärkt genutzt, um den Mittelstand aus dem Markt drängen zu wollen.

Wichtige Regeln für die Branche bringe unter anderem auch das anstehende Wertstoffgesetz. Reiling machte deutlich, dass der Verband kommunale wie auch Konzern-Monopole ablehne. Diese bremsen gerade innovationsfreundliche und qualitätsorientierte kleine und mittelständische Unternehmen aus, hemmen Neuinvestitionen und führten schlimmstenfalls zu Stillstand oder sogar Rückschritt. Gegen diese Monopolisierungstendenz richtet sich der byse unter anderem in einer gemeinsamen Initiative mit BDSV, VDM, BAV, BDE, VBS und BVA.

„Wir wollen bessere Ergebnisse und weniger Ideologie“, betonte der byse-Präsident, der deshalb vor allem höhere Recyclingquoten einfordert. Diese seien die Voraussetzung für die dringend benötigte Stärkung der Kreislaufwirtschaft in Deutschland und überdies ein wichtiges Signal an die Verbraucher, sich noch mehr für die Abfalltrennung einzusetzen.

Kernelement für ein gutes Wertstoffgesetz sei außerdem eine starke neutrale Zentrale Stelle. „Allerdings muss klar sein, dass hierin nicht Inverkehrbringer und Hersteller das alleinige Sagen haben, denn es darf auch auf diesem Spielfeld nicht sein, dass sich die Produktverantwortlichen selber kontrollieren“, so Reiling.

Die Rolle der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft in dieser Zentralen Stelle sieht er eindeutig definiert. Sie müsse in wesentlichen

Qualitätsfragen auf allen Ebenen der Dienstleistungs- und Produktionskette im Rahmen des Wertstoffgesetzes eingebunden sein. Darüber hinaus müssten Ausschreibungen fair, transparent, neutral und mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden.

Mit den Kommunen, die ihren Platz ebenfalls in der Zentralen Stelle verantwortlich wahrnehmen sollten, wünsche sich der byse eine kooperative Zusammenarbeit. Allerdings müssten gleiche Spielregeln gelten und es dürfe es keine kommunale Extrawurst geben. „Es ist ganz klar, dass sich kommunale Unternehmen ebenfalls einem fairen Wettbewerb stellen müssen“, forderte der Präsident.

Lebendige Kreislaufwirtschaft

Auf großes Interesse stieß bei den Teilnehmern der byse-Jahrestagung der politische Grundsatzvortrag der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke. Ihr kommt es nach eigenem Bekunden bei der Ressourcenerweiterung und einer lebendigen Kreislaufwirtschaft darauf an, „dass kommunale und private Recyclingunternehmen gemeinsam geschlossene Stoffkreisläufe entwickeln, organisatorisch und technisch umsetzen, und jeder darin seine Rolle findet. Es gibt da Chancen, die wollen wir nutzen.“

Lemke sprach sich auch für ein neues Wertstoffgesetz und höhere Recyclingquoten aus: „Zentraler Punkt einer Neuregelung ist aus meiner Sicht die Sicherstellung von hochwertiger Verwertung des Großteils der Verpackungen und natürlich auch stoffgleicher Nicht-Verpackungen. Und deshalb ist insbesondere die Anpassung der Recyclingquoten erforderlich. Warum stehen jetzt die Quoten im Vordergrund? Wir haben doch die Messlatte viel zu niedrig gesetzt. Sie ist im Moment bei 36 % bei Kunststoffverpackung. Das ist doch gerade mal nichts. Da müssten wir drüber. Der Markt kann viel mehr Kunststoffe für Recyc-

ling aufnehmen. Die Kapazitäten sind da. Die sind über Jahre aufgebaut worden.“

Mehr Recycling ist auch das Stichwort für Abfälle aus Industrie, Handwerk und Gewerbe. Dr. Thomas Rummler vom Bundesumweltministerium peilt mit einer Novellierung der Gewerbeabfallverordnung höhere Recyclingquoten an. Außerdem wolle man künftig eine Dokumentationspflicht bei den Abfallerzeugern bzw. Abfallbesitzern, einführen. „Wir setzen da kein stringentes Format für die Dokumentationspflicht, wir geben aber Hinweise, und das Ziel, das geben wir vor, und das heißt: Es muss transparent sein: Wo sind diese Mengen hingegangen? Das geht in die Richtung, was Sie mit Bilanzen angedacht haben“, erklärte Rummler.

Im Rahmen der Jahrestagung trafen sich die byse-Verbandsmitglieder auch zu Sitzungen in den Fachverbänden „Ersatzbrennstoffe, Altholz und Biogene Abfälle“ sowie „Kunststoffrecycling“. Wie auch schon in den Bereichen Textilrecycling oder der Akten- und Datenträgervernichtung wird der byse nun auch im Bereich des Altholzrecyclings bzw. der Verwertung ein spezielles Qualitätssiegel anbieten. Dieses stellte der Fachverband „Ersatzbrennstoffe, Altholz und Biogene Abfälle“ seinen Mitgliedern vor.

Qualitätssiegel

Der Verband reagiert damit auf die im Markt kontrovers geführten Diskussionen um die erreichbaren Qualitäten, insbesondere für die stoffliche Verwertung. Ziel der Zertifizierung ist es, aufbauend auf der Auditierung zum Entsorgungsfachbetrieb, die qualitätsrelevanten Anforderungen an die Erfassung des Altholzes sowie die Aufbereitung zu Hackschnitzeln tiefer zu beschreiben.

Mehr Kunststoffrecycling und eine bessere Qualitätssicherung waren die zentralen Themen auf der Mitgliederversammlung des Fachverbands Kunststoffrecycling. Mit Impulsvorträgen und einer anschließenden Podiumsdiskussion wurde insbesondere die Zusammenarbeit der Dualen Systeme, Sortierer und

25 Jahre „Der Grüne Punkt“:

Recycling ist Zukunft

Jubiläumsveranstaltung in Berlin zeigte Leistungen und Perspektiven auf

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Grünen Punkts kamen in Berlin 150 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft zusammen. Neben einem Rückblick auf die Leistungen des dualen Systems zur Erfassung und Verwertung von Verkaufsverpackungen für Umwelt, Wirtschaft und Verbraucher stand auch die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft im Fokus der Jubiläumsveranstaltung.

In seiner Festrede lobte Ministerialdirektor Dr. Helge Wendenburg (Bundesumweltministerium) die Produktverantwortung als wegweisendes Konzept. Der Grüne Punkt habe Anfang der 1990er Jahre eine Infrastruktur aufgebaut, die für die öffentliche Hand nicht zu stemmen war. Heute sei Deutschland führend im Recycling und bei Sortier- und Verwertungstechnik. Dazu habe der Grü-

ne Punkt einen wesentlichen Beitrag geleistet. Mit dem Wertstoffgesetz, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werde, wolle die Bundesregierung an das erfolgreiche Konzept der Produktverantwortung anknüpfen und damit die Kreislaufwirtschaft fördern. Dafür brauche man starke Partner wie die dualen Systeme.

Michael Wiener, CEO der Dual-les System Holding, richtete in sei-

ner Eröffnungsrede den Blick auch nach vorn. Angesichts globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Vermüllung der Meere und endlicher Ressourcen sei die Entwicklung hin zu einer umfassenden Kreislaufwirtschaft alternativlos. Zentrale Anknüpfungspunkte dafür seien die Produktverantwortung und die privatwirtschaftliche, wettbewerbliche Organisation. „Diese haben sich in den vergangenen 25 Jahren bewährt. Auf ihrer Grundlage sollte das System nun konsequent weiter ausgebaut werden“, so Michael Wiener. Dabei warb er für Dialog: „Damit es weiter vorangeht, müssen alle Akteure an einem Strang ziehen.“

Talkrunde

Der Aufforderung folgten Prof. Dr. Günther Bachmann (Rat für Nachhaltige Entwicklung), Dr. Wolfgang Ingold (Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie), Marion Sollbach (Handelsverband Deutschland) und Olaf Tschimpke (NABU). In einer

Talkrunde diskutierten sie gemeinsam mit Michael Wiener und Moderatorin Judith Rakers Chancen und Herausforderungen der Kreislaufwirtschaft.

Als „Game Changer“, so eine Erkenntnis der Runde, habe der Grüne Punkt einen entscheidenden Bewusstseinswandel hervorgerufen: Das Thema Recycling sei heute in der Gesellschaft verankert; Abfall werde nicht mehr als Müll gesehen, sondern als wichtige Rohstoffquelle.

Vision

Deutschland sei demzufolge auch kein rohstoffarmes, sondern ein rohstoffreiches Land, folgerte Prof. Bachmann. Verwendete Ressourcen müssten nur im Kreislauf geführt werden. Daraus entwickelte Olaf Tschimpke eine Vision: „In 25 Jahren ist der Grüne Punkt das Rohstoffunternehmen.“

Die Diskussion zum geplanten Wertstoffgesetz unterstrich die gemeinsame Zielsetzung und gab Impulse für den anstehenden politischen Prozess. So müsse die ökologische Lenkungswirkung noch stärkeren Eingang in die Gesetzgebung finden. Hier gehe es vor allem um die intelligente Gestaltung von Produkten, um Abfälle zu vermeiden bzw. hochwertig zu recyceln. europäischer

Neues Wertstoffgesetz:

AWM initiiert Appell an die Bundesregierung

Der Münchner Stadtrat hat auf Initiative des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) mit großer Mehrheit beschlossen, einen Appell an die Bundesregierung und den Bundesrat zu richten, wonach insbesondere ökologische und kommunale Aspekte in dem neuen Wertstoffgesetz stärker berücksichtigt werden müssen. Der Münchner Appell ist die Antwort auf das Eckpunktepapier zum neuen Wertstoffgesetz, auf das sich die Koalition im Juni geeinigt hatte. Gerade in diesem Eckpunktepapier sieht der Münchner Abfallwirtschaftsbetrieb aber erhebliche Schwachstellen.

„Als Kommune muss es aus Gründen des Umwelt- und Ressourcenschutzes unser Ziel sein“, so Axel Markwardt, Kommunalreferent der Stadt München und Erster Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs München, „die Recyclingquote der Münchner Siedlungsabfälle zu erhöhen.“

Und Recycling bedeutet, Abfälle stofflich wieder zu verwerten, im Gegensatz zur energetischen Verwertung, bei der die Abfälle verbrannt werden. Recycling mache allerdings nur dann Sinn, wenn es technisch möglich und

wirtschaftlich sinnvoll ist und wenn zudem am Markt eine Nachfrage für die aus dem Recycling gewonnenen Sekundärrohstoffe besteht.

„Unter keinen Umständen darf es dazu führen, dass Schadstoffe im Kreislauf geführt oder durch Recycling sogar aufkonzentriert werden. Giftstoffe in Kinderspielzeugen und Kleidungsstücken darf es nicht mehr geben“, sagt Markwardt. „Wir als Kommune müssen genau darauf achten, dass die Ökologie beim Geldverdienen nicht unter die Räder kommt.“ □

Augsburg und Erlangen:

Neue „Fahrradfreundliche Kommunen“

Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann hat in München die begehrte Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune“ an die Städte Augsburg und Erlangen verliehen. Auf der gemeinsamen Auszeichnungsveranstaltung mit der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern“ (AGFK) sagte Herrmann: „In Augsburg und Erlangen wird Fahrradfreundlichkeit großgeschrieben. Damit gehören die beiden Städte zu den Aushängeschildern Bayerns beim Radverkehr.“

Der Verkehrsminister überreichte den Vertretern der beiden Städte neben der Urkunde „Fahrradfreundliche Kommune“ auch ein symbolisches Zählgerät. „Bei der Anschaffung eines echten Zählgerätes zur Messung des Radverkehrsanteils kann es gegen eine Prämie von bis zu 5.500 Euro eingetauscht werden“, erklärte Herrmann.

Augsburg hat laut Herrmann beim Radverkehr in den letzten Jahren viel erreicht. Beispielsweise werden mit dem Projekt „Mobilitätsdrehscheibe Augsburg“ Fahrten vom Auto auf den ÖPNV verlagert und mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer geschaffen. „Dass die Bemühungen der Stadt bereits Früchte tragen, hat sich eindrucksvoll beim Fahrradklimatetest des ADFC gezeigt“, ergänzte Herrmann. Augsburg habe deutschlandweit den zweiten Platz in der Kategorie 'Aufsteiger' errungen. „Augsburg wird seinen Weg in der Radverkehrsförderung konsequent weitergehen und sein selbstgesetztes Ziel erreichen, bis 2020 den Radverkehrsanteil auf 25 Prozent zu steigern“, ist Herrmann überzeugt.

Klimatetest

Diese Marke hat Erlangen mit 27 Prozent bereits übertroffen und als nächstes Ziel bereits 32 Prozent Radverkehrsanteil angepeilt. Nicht umsonst ist Erlangen laut Herrmann schon lange als die 'Fahrradstadt Bayerns' bekannt. Auch heuer hat sie im Fahrradklimatetest des ADFC wieder den ersten Platz in der Kategorie '100.000 bis 200.000 Einwohner' belegt. Neben den laufenden Anstrengungen zur Förderung des Radverkehrs hat sich Erlangen wie auch Augsburg vorgenommen,

die Abstellung für Räder am Bahnhof durch eine neue Fahrradstation deutlich zu verbessern. „Zudem arbeitet Erlangen mit den Nachbarstädten und Landkreisen daran, in der Region Radschnellwege zu etablieren“, so der Verkehrsminister. „Meine Unterstützung dafür habe ich bereits zugesichert.“

Neue Programme

Mit seinem gut ausgebauten Radwegenetz und der gezielten Radverkehrsförderung durch den Freistaat zählt Bayern seit Jahren als Radland Nummer Eins in Deutschland. „Wir haben neue Programme zum Ausbau der Radwege an Bundes- und Staatsstraßen aufgestellt“, erläuterte Herrmann. „Insgesamt wollen wir dafür in den nächsten fünf Jahren 200 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel investieren.“

Bundesweite Kampagne

Außerdem arbeite die Oberste Baubehörde derzeit an dem 'Radverkehrsplan Bayern', um die Radverkehrsförderung noch weiter zu verbessern. Besonders stolz ist Herrmann daher auch auf die bayerischen Ergebnisse der bundesweiten Kampagne 'STADTRADELN 2015': „Bayern hat auch dieses Jahr bundesweit wieder die meisten Beteiligten am STADTRADELN gestellt.“

Von den 341 teilnehmenden Kommunen kamen 151 aus Bayern. Dabei haben die 40.000 bayerischen Radlerinnen und Radler über acht Millionen Kilometer erradelt. „Das ist mehr als 200-mal auf dem Äquator um die Erde“, verdeutlichte Herrmann. „Im Vergleich zur Autofahrt entspricht das einer CO₂-Ersparnis von knapp 1.200 Tonnen.“ □

Zahl der Fernpendler deutlich gestiegen

Arbeitswege werden länger

Immer mehr Beschäftigte pendeln in die großen Städte in Deutschland. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mehr als 150 Kilometer Arbeitsweg zurücklegen, ist zwischen 2003 und 2013 von 1 Million auf 1,2 Millionen Menschen gestiegen. In den sieben größten deutschen Städten Berlin, Köln, Hamburg, Frankfurt am Main, München, Stuttgart und Düsseldorf liegt der Anteil der Fernpendler zwischen fünf und zehn Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Auswertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Die Wissenschaftler haben Daten zur Entwicklung der Pendeldistanzen der sozialversicherten Beschäftigten von 1999 bis 2013 auf Gemeindeebene ausgewertet. Danach stieg die durchschnittliche Länge der Arbeitswege von 14,6 Kilometer im Jahr 1999 auf 16,6 Kilometer im Jahr 2013. Besonders lang sind die Distanzen zu den Arbeitsmarktzentren in den dünn besiedelten Räumen abseits der Ballungsräume. In großen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsens-Anhalts müssen Beschäftigte im Durchschnitt mehr als 30 Kilometer auf dem Weg zur Arbeit zurücklegen.

Mobilität über größere Distanzen

„Unsere Auswertungen zeigen, dass Wohnen und Arbeiten für immer mehr Menschen nicht mehr auf eine Gemeinde beziehungsweise das Umland beschränkt sind“, sagt BBSR-Direktor Harald

Herrmann. „Flexibilisierung und Spezialisierung haben zur Folge, dass sich Arbeitsplätze für hochqualifizierte Beschäftigung immer stärker konzentrieren. Viele Beschäftigte sind bereit, für eine ihrer Qualifikation entsprechende Anstellung längere Distanzen in Kauf zu nehmen und nur über das Wochenende zuhause zu sein. Die Ballungsräume sind gut vernetzt. Das fördert die Mobilität auch über große Distanzen“, so Herrmann.

Der Anteil derjenigen Beschäftigten, die innerhalb einer Gemeinde pendeln, nahm von 46,5 Prozent im Jahr 1999 auf 41 Prozent im Jahr 2013 ab. In den letzten Jahren hat sich dieser Trend jedoch abgeschwächt. Einen Grund sehen die Wissenschaftler in der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Das Auto bleibt für viele Pendler das dominante Verkehrsmittel. 65 Prozent aller Pendler nutzen den PKW für den Weg zur Arbeit.

Die Analyse ist unter www.bbsr.bund.de abrufbar. □

15 Jahre Weihnachtsboten auf Schienen

Wenn der Duft von Lebkuchen und Glühwein durchs Abteil zieht und ein Schaffner Interessantes zur Stadtgeschichte erzählt, dann sind die beliebten Glühweinfahrten der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg und der Freunde der Nürnberg-Fürther Straßenbahn e.V. auch in ihrem 15. Jahr wieder rund um die Nürnberger Altstadt unterwegs.

Stimmungsvoller kann man in Nürnberg die Adventszeit kaum erleben als in den weihnachtlich geschmückten Straßenbahn-Oldtimern, die bis Sonntag, 20. Dezember 2015 mittwochs, donnerstags und freitags um 15, 16 und 17 Uhr am Nürnberger Hauptbahnhof starten – an den Wochenenden von 14 bis 16.30 Uhr sogar alle 30 Minuten. Nach dem Start geht es Richtung Rennweg, durch die Pirckheimerstraße zum Plärrer und schließlich durch die Südstadt zurück zum Hauptbahnhof. Unterwegs können auch regelmäßige Teilnehmer immer wieder Neues erfahren, denn jeder Schaffner setzt in seinen Erzählungen andere Schwerpunkte.

Die rund 45-minütigen Touren mit Fahrzeugen aus den Jahren 1940 bis 1963 kosten 17 Euro - inklusive stadthistorischer Erläuterungen, Glühwein oder Kinderpunsch in einer limitierten Sam-

meltasse und einem handwerklich gefertigtem Elisenlebkuchen. Ein ganz besonderes und nahezu exklusives Erlebnis für Liebhaber historischer Straßenbahnen bieten die Glühweinfahrten mit der Jugendstil-Straßenbahn.

Jeden Adventssamstag, um 17.15 Uhr und bei hoher Nachfrage auch um 18.15 Uhr, vermitteln Nürnbergs älteste Straßenbahnwagen aus den Jahren 1904 sowie der gerade liebevoll restaurierte Jugendstilbeiwagen 336 von 1906 das Flair der Jahrhundertwende.

Im Preis von 32 Euro ist neben Glühwein oder alkoholfreiem Punsch, Lebkuchen und Sammel-tasse ein Spenden-Baustein in Höhe von 15 Euro enthalten. Mit der Spende, die dem Verein Freunde der Nürnberg-Fürther Straßenbahn e.V. zugute kommt, unterstützen die Fahrgäste den Erhalt und die Restaurierung der historischen Fahrzeugflotte. □

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen. Mehr unter: www.tvbayernlive.de



Gruppenbild (von links): Kulturreferent Dr. Wilfried Hartleb, Felix Klee (Nachwuchs, Bildende Kunst), Friedrich Hirschl (Literatur), Konstantin Herleinsberger (Nachwuchs Musik), Regina Schmidmayer (Bildende Kunst), Festrednerin Dr. Michaela Karl, Andreas Samböck (Heimat- und Brauchtumpfleger), Landrat Franz Meyer, Laudator Dr. Herbert Wurster sowie die Goldhaubenfrauen, angeführt von Gerlinde Dorfner, die sich ins Goldene Buch des Landkreises einträgt. Bild: Regina Ehm-Klier/innpressum.de

1. Mobilitätswerkstätte im Landkreis Neu-Ulm:

Mobil bleiben, klimafreundlicher werden

Der Landkreis Neu-Ulm will mobil bleiben, dabei aber klimafreundlicher werden. Hin zu diesem Ziel wurde nun ein weiterer Schritt getan. Nach zwei Lenkungs ausschusssitzungen und einer Expertenbefragung beschäftigten sich gut 30 Bürgerinnen und Bürger bei der ersten von drei Mobilitätswerkstätten mit der Frage: Wie kann im Verkehr weniger Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen werden?

Das das notwendig ist, machte Marianne Pfaffinger von der Umweltagentur „Green City Projekt“ im Weißenhorer Rathaus mit einem eindrucksvollen Vergleich deutlich: Demnach emittiert der Verkehrssektor im Landkreis Neu-Ulm (168.000 Einwohner) pro Jahr 0,79 Millionen Tonnen CO₂. Das entspricht dem Aufkommen des afrikanischen Staats Sierra Leone mit seinen 6 Millionen Einwohnern. Insgesamt werden im Landkreis pro Jahr 2,2 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt – so viel wie Haiti (9,9 Millionen Einwohner) oder Laos (6,4 Millionen Einwohner). Dabei ist die Tendenz im Landkreis im Mobilitätssektor immer noch stark steigend. Hauptverursacher sind laut Johannes Gnädinger vom Consulting-Büro PSU vor allem der Güterkraftverkehr und der motorisierte Individualverkehr.

Stellschrauben

Besonders an diesen beiden Stellschrauben gilt es anzusetzen, wenn das erarbeitete Mobilitätskonzept über die bloße Absichtserklärung hinauskommen soll. Bei der ersten Beteiligungsrunde der Bürgerinnen und Bürger ergaben sich interessante Ideen. Die Arbeitsgruppe „Güterverkehr“ schlug etwa vor, diesen soweit als möglich von der Straße auf die Schiene zu verlagern und dazu alte Gleisanschlüsse zu reaktivieren und neue zu schaffen. Vom Thematisch „Versorgung“ kam die Anregung, Einkaufsmöglichkeiten auf dem flachen Land zu fördern (zum Beispiel: Dorfäden) und der Zersiedelung entgegenzuwirken.

Die Teilnehmer, die sich mit dem Bereich „Arbeit/Ausbildung“ beschäftigten, hielten es für angebracht, dass die Betreiber des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eine Art „Miles & More“-Programm für Züge und Busse auflegen. Und die Arbeitgeber sollten mehr Heimarbeit („home office“) ermöglichen.

Die Themengruppe „Freizeit“ wünschte sich ÖPNV-Kombi-Tickets zu mehreren Freizeitgelegenheiten beziehungsweise -lokalitäten. Schließlich gab es einen fünften Arbeitskreis namens „Studium“, gebildet aus Studierenden der Hochschule Neu-Ulm. Sie entwarfen die Vision einer Straßen-

bahnlinie von der Innenstadt zur HNU und zurück. Außerdem plädierten sie für mehr Car-Sharing-Angebote, auch in den ländlichen Gebieten.

Handlungsbedarf

Professor Gebhard Wulfhorst, der dritte Partner der Beratungsgemeinschaft aus München, zeigte sich beeindruckt, wie viele gute Ideen zusammengetragen worden sind. Nun wird es Aufgabe der Berater sein, die Vorschläge zu protokollieren, zu sortieren und zu gewichten. Dabei werden auch die Einfälle aus der Expertenbefragung einbezogen. Die Sachverständigen von Unternehmen und Verbänden sahen im Personenverkehr etwa folgenden Handlungsbedarf: Zweigleisiger Ausbau und

Taktverdichtung der Illertalbahn; digitale Vernetzung aller Mobilitätsangebote (zum Beispiel durch eine App); Bewusstseinsbildung im Kindergarten und in der Schule.

In zwei weiteren Mobilitätswerkstätten – „Personenverkehr“ am 15. Januar 2016 und „Güterverkehr“ am 29. Januar 2016 – sind dann wieder die Bürgerinnen und Bürger gefragt. Insbesondere wird es darum gehen, welche Maßnahmen die Berater dem Landkreis empfehlen und wie die schließlich ausgewählten Vorschläge umgesetzt werden können. Knackpunkte dürften dabei vor allem sein: Wie sind die Projekte finanzierbar? Und wer ist für deren Realisierung verantwortlich?

Am Schluss des Erarbeitungsprozesses steht ein Aktionsplan, der im April 2016 dem Kreistag zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt werden soll. Danach heißt es: Über Klimaschutz nicht nur reden und ihn zu Papier bringen, sondern ihn – und das geht jeden Einzelnen an – auch verwirklichen. □



Bezirksmedaille Mittelfranken verliehen

„Mittelfranken braucht Menschen wie Sie“, betonte Bezirksstagspräsident Richard Bartsch bei der Verleihung der Bezirksmedaille im Bezirksrathaus Ansbach. Mit der höchsten Auszeichnung, die der Bezirk zu vergeben hat, wurden die Ärztin Dr. Inge Richter aus Buckenhof, der Ansbacher Unternehmer Friedrich Hilterhaus und der langjährige Bezirksrat Fritz Körber aus Schwaig für ihre besonderen Verdienste geehrt.

Auf Dr. Inge Richter aus Buckenhof geht der Aufbau der einzigen klinischen Abteilung für psychisch kranke, gehörlose und hörgeschädigte Menschen in Bayern im Klinikum am Europakanal in Erlangen zurück.

Der Ansbacher Friedrich Hilterhaus engagierte sich seit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Erwerbsleben Ende der 1990er Jahre für zahlreiche soziale, kulturelle und gesellschaftliche Belange.

Fritz Körber aus Schwaig, Ortsteil Behringersdorf, erhielt für sein langjähriges kommunalpolitisches Engagement, aber auch für seinen Einsatz für Völkerverständigung und Frieden die Bezirksmedaille.

Unser Bild zeigt von links: Christa Naaß, Stellvertreterin des Bezirksstagspräsidenten, Friedrich Hilterhaus, Fritz Körber, Dr. Inge Richter und Bezirksstagspräsident Richard Bartsch. □

Die Vielfalt der Kultur im Passauer Land

Kulturpreis 2015 für Goldhaubenfrauen, Friedrich Hirschl, Regina Schmidmayer und Andreas Samböck

Bad Füssing. Zünftig bayrisch-böhmische Blasmusik, Klassik und Jazz; Tradition und Moderne, Lyrik und deutliche Reden, Malerei geprägt von Mexiko und von Niederbayern, Flüchtlingskrise und Hoamat – all das lässt sich unter dem Begriff Kultur aus dem Passauer Land vereinen. Selten haben die Besucher des Kulturpreisverleihung des Landkreises Passau eine so facettenreiche Veranstaltung erlebt, wie am Samstag im Kleinen Kursaal von Bad Füssing. Die außerordentlichen Aufgaben die der Landkreis derzeit zu bewältigen hat, machten dabei auch nicht vor dem gesellschaftlichen Höhepunkt des Jahres halt. Die fremde und eigene Kultur prägten die Reden.

Und so nannte Landrat Franz Meyer nach Wochen des Flüchtlingsmanagements an den Grenzen die Kulturpreisverleihung nun geradezu als „eine Oase“. Wenn er vom Podium hinab aufs Publikum sah, sah er sich auch in seiner Aussage bestätigt, Kultur präge die Identität einer Region. Dabei blickte er auf einen vollbesetzten Saal mit rund 300 geladenen Gästen und rund 100 Goldhaubenfrauen, deren Trägerinnen mit dem Kulturpreis ausgezeichnet wurden.

Sie sorgten, wie Meyer sagte, für echten Glanz im Raum. Kultur spreche das Herz an, so Meyer, „das bleibt mehr im Bewusstsein, als so manche Zahl und so mancher Wert“. Kultur sei ein Erfolgsfaktor für die Region, trage zum positiven Image bei, gebe Lebensfreude und Lebensqualität, „kulturelles Leben ist die Seele unserer Heimat“, so Landrat Meyer.

Heimat- und Brauchtumpfleger

Einmal mehr hielt Diözesanarchivar Dr. Herbert Wurster die Laudatio auf die Preisträger. Den Preis für kulturelle Leistungen auf dem Gebiet der Heimat- und Brauchtumpfleger erhielt Andreas Samböck aus Oberyell. Samböck wurde für seine kulturellen Leistungen auf dem Gebiet der Heimat- und Brauchtumpfleger geehrt. Samböck ist leidenschaftlicher Blasmusiker, Gründer von Kapellen und Bands, lange Jahre tätig als Funktionär beim Musikbund Ober- und Niederbayern und engagierter Förderer des Nachwuchses. Dass der Landkreis über „eine blühende Blasmusikkultur“ verfügt, sei auch Verdienst von Andreas Samböck, so Wurster, bevor zur Überraschung die Bayrisch-Böhmische aus Oberyell in den Saal einzog und für ihren Chef und die Gäste aufspielte.

Konstantin Herleinsberger aus Oberyell war ebenfalls Blasmusiker bei der Markt Kapelle, wechselte aber dann als Saxophonist ins Jazz-Fach, spielte beim Landesjugendjazzorchester, studierte in Nürnberg, wo er das ebenfalls schon ausgezeichnete Quartett „4tet“ gründete. Mittlerweile ist Konstantin Herleinsberger Master-Student für Jazz in Hamburg und erhielt den Nachwuchsförderpreis des Landkreises – warum, das zeigte er natürlich auch beim Festakt: Mit Andreas Veit am Klavier begeisterte der Jazzler unter

sa sicher seine Freude gehabt.“

Regina Schmidmayer aus Garmham wurde für Bildende Kunst geehrt. „Sie hat die Kunst, dem Leben, den Zwängen des Geldverdienens im Brotberuf, den Zwängen einer Hausfrau und dreifachen Mutter, abgerungen“, erzählte der Laudator den beruflichen Werdegang der Malerin, die nicht den akademischen, sondern einen individuellen Weg gegangen sei, indem sie bei bekannten Künstlern lernte und längst zu ihrer eigenen Bildsprache gefunden hat. Dazu ist Regina Schmidmayer auch kunstvermittelnd und kunstpolitisch höchst engagiert. Noch auf der Bühne gab Kulturreferent Dr. Wilfried Hartleb, der die Preisträger in Kurzinterviews zu Wort kommen ließ, Regina Schmidmayer das Versprechen, ihr noch einen Katalog zu ermöglichen.

Blühende Blasmusikkultur

Andreas Samböck aus Oberyell wurde für seine kulturellen Leistungen auf dem Gebiet der Heimat- und Brauchtumpfleger geehrt. Samböck ist leidenschaftlicher Blasmusiker, Gründer von Kapellen und Bands, lange Jahre tätig als Funktionär beim Musikbund Ober- und Niederbayern und engagierter Förderer des Nachwuchses. Dass der Landkreis über „eine blühende Blasmusikkultur“ verfügt, sei auch Verdienst von Andreas Samböck, so Wurster, bevor zur Überraschung die Bayrisch-Böhmische aus Oberyell in den Saal einzog und für ihren Chef und die Gäste aufspielte.

Konstantin Herleinsberger aus Oberyell war ebenfalls Blasmusiker bei der Markt Kapelle, wechselte aber dann als Saxophonist ins Jazz-Fach, spielte beim Landesjugendjazzorchester, studierte in Nürnberg, wo er das ebenfalls schon ausgezeichnete Quartett „4tet“ gründete. Mittlerweile ist Konstantin Herleinsberger Master-Student für Jazz in Hamburg und erhielt den Nachwuchsförderpreis des Landkreises – warum, das zeigte er natürlich auch beim Festakt: Mit Andreas Veit am Klavier begeisterte der Jazzler unter

anderem mit einem selbst komponierten Werk „Twentyone“.

Künstler in Bewegung

Der erste bildende Nachwuchskünstler, der den Kulturpreis bekommt, ist Felix Klee aus Neuburg. Der bereits ausgebildete akademische Maler war und ist viel unterwegs, um sich „mit den Menschen, deren Problemen und mit der Kunst auseinanderzusetzen“, beschrieb es Dr. Wurster. Seine Reisen führten Felix Klee nach Neuseeland, Mexiko, die USA und andere interessante Länder. Zurzeit besucht er die Hochschule für Fernsehen und Film in München. Ein Künstler also, „der in Bewegung ist“, so Dr. Herbert Wurster.

Die Moderation und Verantwortung für diesen festlichen Samstagvormittag hatte Kulturreferent Dr. Wilfried Hartleb. Als Hausherr begrüßte Bürgermeister Alois Brundobler die Gäste, denen er stolz Europas größten Kurort Bad Füssing mit seinen über 1000 Veranstaltungen im Jahr vorstellte. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH. Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Gold, Silber und Bronze für Bayerns schönste Dörfer

327 bayerische Dörfer waren zum Wettbewerb angetreten, 18 davon erhielten jetzt die begehrten Medaillen. Vier Mal Gold, acht Mal Silber und sechs Mal Bronze überreichte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bei der Abschlussveranstaltung des 25. Landeswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“. „Mit Ideenreichtum und Engagement haben Sie Beispielhaftes für Ihre Dörfer geleistet. Darauf können Sie stolz sein“, lobte der Minister die Preisträger.

Die meisten der 327 bayerischen Teilnehmer kamen diesmal aus Oberfranken (116 Dörfer), gefolgt von der Oberpfalz (66), Mittelfranken (61), Niederbayern (23), Unterfranken (22), Oberbayern (20) und Schwaben (19).

Die Sieger

Die Siegedörfer sind: Alt-Oberasbach, Döringstadt, Fatschenbrunn, Gaisthal, Graben, Lahm und Pilsdorf, Moosdorf, Neudrossenfeld, Reichenbach, Schönau, Schönbrunn, Seeg,

Stappach und Wiesenfelden. Die vier Golddörfer Geldersheim, Hirsberg, Meinheim und Perlesreut erhalten neben der Medaille 5 000 Euro Preisgeld und vertreten Bayern im nächsten Jahr auf Bundesebene. Fatschenbrunn, Lahm und Pilsdorf, Schönau, Seeg und Wiesenfelden wurden zusätzlich mit Sonderpreisen ausgezeichnet.

Die Broschüre „Route der Siegedörfer“ stellt alle Teilnehmer des Landesentscheids vor und kann unter www.dorfwettbewerb.bayern.de heruntergeladen werden. □



„Spende statt Geschenke“

Lechwerke unterstützen die Lebenshilfe Donau-Iller e.V. mit 10.000 Euro

Der Lebenshilfe Donau-Iller e.V. kommt dieses Jahr die Weihnachtsspende der Lechwerke AG (LEW) zugute. Dr. Markus Lütpher, LEW-Vorstandsmitglied, übergab heute den Scheck über 10.000 Euro an Dr. Jürgen Heinz, Geschäftsführer der Lebenshilfe Donau-Iller e.V. Der Verein engagiert sich für Menschen mit Behinderungen oder seelischen Beeinträchtigungen. Er setzt das Geld zur Anschaffung einer Schaukelanlage und eines Backhäuschens für die Einrichtungen in Illertissen ein. Für die jährliche Weihnachtsspende verzichtet LEW auf Präsente für Kunden, Lieferanten und Geschäftspartner. Der so eingesparte Betrag kommt sozialen Einrichtungen in der Region zu Gute. „Das soziale Engagement gehört zu unserem Selbstverständnis als führender Energieversorger der Region“, sagt Dr. Markus Lütpher. „Die Lebenshilfe Donau-Iller leistet Vorbildliches zur Integration und Förderung von Menschen mit Behinderung. Diese wichtige Arbeit möchten wir mit unserer Spende unterstützen.“ „Die Schaukelanlage für unser Wohnheim wird dort schon freudig erwartet. Mit dem Backhäuschen in unseren Werkstätten bauen wir unser Angebot zur Persönlichkeitsentwicklung der Bewohner und der Teilnehmer der Arbeits- und Bildungsprogramme weiter aus“, sagt Dr. Jürgen Heinz, Geschäftsführer Lebenshilfe Donau-Iller e.V. „Dank der Spende der Lechwerke können wir diese Vorhaben nun umsetzen.“

Unser Bild zeigt von links: LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Lütpher, Markus Botzenhardt, Leiter Donau-Iller Werkstätten Illertissen, Dr. Jürgen Heinz, Geschäftsführer Lebenshilfe Donau-Iller, Jürgen Eisen, Erster Bürgermeister Illertissen und Norbert Willer, Leiter Donau-Iller Wohnstätten Illertissen.

Bild: LEW / Christina Bleier

Runding ist „Staatlich anerkannter Erholungsort“

Der Fachausschuss für Kurorte, Erholungsorte und Heilbrunnen im Bayerischen Innenministerium hat sich für die Anerkennung des Prädikates „Erholungsort“ für die Gemeinde Runding ausgesprochen. Dem Votum folgt noch die förmliche Anerkennung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern. Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler, der die Bewerbung der Gemeinde Runding unterstützt hat, gratuliert der Gemeinde Runding und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Prädikat.

In einem Glückwunschbrief an den Ersten Bürgermeister der Gemeinde Runding schreibt Löffler: „Mit dem Prädikat werden die seit Jahren erfolgreich durchgeführten Investitionen der Gemeinde Runding im Freizeit- und Erholungsbereich, aber auch die Anstrengungen im kulturellen Bereich belohnt. Ich denke hier vor allem an die gelungene Dorfplatzsanierung, die Ausgrabungen und Freilegungen auf der Burgruine oder an das Natur-Freizeitangebot am Satzborfer See. Einen wesentlichen Beitrag haben zusätzlich die Privatinitiativen von Firmen und Vereinen geleistet, denen ebenfalls mein großer Respekt und herzlicher Dank gilt.“

Weiter schrieb Löffler: „Den mutigen und teils außergewöhnlichen Investitionen im Hotel- und Gaststättengewerbe ist es geschuldet, dass ein enormer Erholungs- und Zufriedenheitsfaktor für die Urlaubsgäste entstanden ist. Die überdurchschnittlich hohe Aufenthaltsdauer von über 6 Tagen ist ein Beweis dafür. In Deutschland gibt es nur sehr wenige Urlaubsorte, die auf eines der beliebtesten Hotels weltweit verweisen können!“



Bundesverteidigungsministerin zu Gast im Landratsamt Passau

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen war zu Gast im Landratsamt Passau. Dort führte sie ein Gespräch mit der Bayerischen Staatsregierung sowie mit Landräten und Oberbürgermeistern aus der Region zur Zusammenarbeit in der Bewältigung der Flüchtlingssituation im bayerisch-österreichischen Grenzraum.

Im Rahmen dieses Besuchs trug sich die Bundesverteidigungsministerin auch in das Goldene Buch des Landkreises Passau ein. Mit dabei waren von links: Christian Bernreiter, Präsident der Bayerischen Landkreistages; Raimund Kneidinger, Stellvertreter des Landrats; Staatsministerin Emilia Müller; Landrat Franz Meyer und Staatsminister Dr. Marcel Huber.

Bild: Stefanie Starke

Dank an alle Bereitschaftspflegefamilien

Zum Jahresende bedankte sich das Landratsamt Fürstentfeldbruck, Amt für Jugend und Familie mit einem kleinen Event bei seinen Bereitschaftspflegeeltern für deren unermüdetes Engagement.

Bei einem Weißwurstfrühstück hatten die Pflegeeltern kürzlich Gelegenheit, sich auszutauschen. Anschließend konnte die Klosteranlage Fürstentfeld besichtigt werden, während die Kinder die Möglichkeit hatten, zu reiten.

Zum Ausklang fand eine Kutschfahrt statt.

Bereitschaftspflegefamilien geben in Krisenzeiten Kindern und Jugendlichen Schutz und liebevolle Begleitung. In diesem Jahr wurden bisher 50 Kinder in Obhut genommen.

Das Amt für Jugend und Familie sucht immer wieder Pflegeeltern, die bereit sind, Kindern, die sich in Notsituationen befinden, vorübergehend bei sich aufzunehmen.

Info unter: 08141/519-432.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ade Haushaltsüberschüsse. Leb' wohl schwarze Null.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam ziemlich mitgenommen aus einem Gespräch mit dem Kämmerer.

Seit vielen Jahren schon ist es für uns Ehrensache, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Keine Politik auf Pump, keine städtischen Leistungen auf Kosten der nachfolgenden Generationen – seit eine solide Haushaltsführung im Freistaat zum finanzpolitischen Glaubensbekenntnis gehört, waren wir auf kommunaler Seite mit an der Spitze marschiert. Zu guten Zeiten gaben wir uns nicht mit der berühmten „schwarzen Null“, also einen Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung zufrieden, sondern haben brav Schulden getilgt, auch wenn regionale wie überregionale Kreditinstitute uns als solventen Schuldner mit mehr als superattraktiven Konditionen in die eine

samt schwarzer Null soeben vom Bundestag hat absegnen lassen, schlagen bei uns im kommunalen Bereich die Kosten für die Flüchtlinge immer mehr zu Buche. Allein Pflichtleistungen wie die Unterbringung sind ein dicker Brocken. Wenn man überhaupt noch geeignete Möglichkeiten findet, muss man sie entweder für teures Geld auf Vordermann bringen oder die horrenden Mieten

akzeptieren, die ein kleiner werdender Markt uns auferlegt. Dabei ist zu verzeichnen, dass auch Institutionen, die sehr gerne ein großzügiges Asylrecht fordern und jederzeit bereit sind, das Recht der zu uns Fliehenden auf adäquate Unterbringung lautstark zu postulieren, bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten stark auf Marktüblichkeit achten. Motto: Wir fordern, die Stadt zahlt.

Aber mit den Basisverpflichtungen ist es ja nicht getan. Wir sehen uns durchaus in der Pflicht, auch von städtischer Seite in jeder möglichen Hinsicht die Integration der Ankömmlinge zu fördern. Nicht weil wir zu viel Geld haben oder tierische Lust, endlich wieder mal Schulden zu machen. Sondern weil wir jeden Euro, den wir heute bei Integrationsmaßnahmen, bei Bildungs- und Sprachangeboten, bei der Eingliederung der Kinder und Jugendlichen, bei der Unterweisung in unser Wertesystem, unsere Rechtskultur und unser Staatsverständnis sparen, über kurz oder lang mit horrenden Zinsen doch ausgeben müssen, wenn es uns nicht gelingt, Parallelgesellschaften, Abkapselung oder gar Radikalisierung zu verhindern.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich entschieden: Er wird in den Stadtrat mit einem Haushaltsentwurf gehen, der wieder etwas Verschuldung erlaubt. Die besondere Situation rechtfertigt es. Schließlich können wir weder unseren humanitären Verpflichtungen den Neuankömmlingen gegenüber entkommen, noch sollten wir unser Eigeninteresse an deren schnellem Ankommen in unserer gesellschaftlichen Ordnung vernachlässigen. Dann ist auch das Geld gut angelegt. Denn wie lautet der Satz des früheren Bundespräsidenten Theodor Heuss, den ich dem Chef maile? „Sparsamkeit ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.“

ihre Sabina

Wiederaufforstungsprojekt im Steigerwald

Marktgemeinde Oberschwarzach, Steigerwald-Zentrum und Sparkasse Schweinfurt als Partner

Die drei Partner Marktgemeinde Oberschwarzach, Steigerwald-Zentrum und Sparkasse Schweinfurt setzen sich im Rahmen des Projektes „Umwelt und Nachhaltigkeit im Steigerwald“ mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Ressourcenknappheit auseinander. Hierfür soll in den kommenden vier Jahren auf acht Hektar (entspricht elf Fußballfeldern) instabiler Nadelwald ein regionaler Zukunftswald gepflanzt werden. Hierfür werden rund 40.000 Bäume benötigt. Gepflanzt werden Baumarten, die sowohl im Boden stabil wurzeln als auch im Klimawandel ein geringes Risiko erwarten lassen.

Ursprünglicher Auslöser für die notwendige Pflanzung war das Sturm- und Orkantief „Kyrill“, das 2007 das öffentliche Leben in weiten Teilen Europas beeinträchtigte, zahlreiche Todesopfer forderte und zu erheblichen Sachschäden führte.

fabelhafte Weise“, betonte Landrat Florian Töpfer, Vorsitzender des Trägervereins „Steigerwald Zentrum – Nachhaltigkeit erleben e. V.“

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Schweinfurt, Johannes Rieger meinte: „Als regional

verankerte Sparkasse sind wir uns der Verantwortung für unsere Region bewusst... Viele Menschen legen ihre Gelder bei der Sparkasse vor Ort an. Wir honorieren das lokale Engagement unserer Kunden und spenden Bäume für unsere Region. Ein regionaler Kreislauf mit Nutzen für alle Beteiligten.“

Oberschwarzachs 1. Bürgermeister Manfred Schötz freute sich sehr über den Start und zeigte sich „sehr zuversichtlich, dass wir schon im kommenden Frühjahr die erste große Pflanzaktion auf den brachliegenden Waldflächen starten können.“ DK

Regionaler Kreislauf

„Auch wenn die Schäden in Unterfranken weitaus geringer als 1990 bei den Stürmen „Wiebke“ und „Vivian“ waren, so wurden doch einige Bereiche des Steigerwalds in Mitleidenschaft gezogen. 80 % der umgeworfenen Bäume waren Fichten. Die durch den Sturm angerissenen Fichtenwälder wurden in den Folgejahren durch neue Sturmwürfe und Borkenkäferbefall weiter aufgelichtet. Hier werden nun die Pflanzungen stattfinden.“

„Indem sich unsere Sparkasse mit dem Projekt Umwelt und Nachhaltigkeit im Steigerwald einbringt, unterstützt sie die Ziele des Steigerwald-Zentrums auf

Bayernweite Beachtung für das Steigerwald Zentrum

Das Projekt „Steigerwald Zentrum – Nachhaltigkeit erleben“ findet bayernweit Beachtung. Aktuell wird es in der Broschüre „Leader in Bayern – Bürger gestalten ihre Heimat“ des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgestellt.

Das neu errichtete, vollständig aus Holz gebaute Gebäude steht am Ortsrand von Handthal, Markt Oberschwarzach. Das Steigerwald Zentrum bietet eine Fülle von Informationen für alle Sinne. Man kann multimedial hören, sehen und fühlen, was es mit dem Wald auf sich hat. Damit erreicht das moderne Erlebniszentrum ein wichtiges Ziel der Initiatoren und der lokalen Aktionsgruppen, nämlich die Schaffung einer Steigerwald-Identität, wie es in der Broschüre heißt. Die Region solle sich der Einzigartigkeit ihrer Landschaft bewusst werden und mit diesem Selbstbewusstsein aktiv auftreten. DK

Landkreis Regensburg:

Start der Aktion „Weihnachtswunderbaum“

Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien werden Weihnachtswünsche erfüllt

„Mit unserer Aktion ‘Weihnachtswunderbaum’ wollen wir Kindern und Jugendlichen einen Wunsch erfüllen, deren Eltern momentan finanziell stark eingeschränkt sind.“, so Landrätin Tanja Schweiger beim Start der Aktion „Weihnachtswunderbaum“ im Foyer des Landratsamtes Regensburg. Projektleiterin Iona Jungwirth hatte zusammen mit weiteren Mitarbeitern vom Kreisjugendamt 150 Wunschkarten, die von den Kindern/Jugendlichen im Vorfeld ausgefüllt wurden, an den „Weihnachtswunderbaum“ gehängt.

Die Idee: Jeder, der sich als „Wunscherfüller“ an der Aktion beteiligen möchte – sei es als Besucher des Landratsamtes, als Mitarbeiter der Kreisbehörde oder etwa auch als Mitglied des Kreistages – nimmt sich eine Karte vom „Weihnachtswunderbaum“ im

Foyer des Landratsamt-Hauptgebäudes, hinterlegt seinen Namen an der Infotheke, besorgt das Geschenk und gibt es bis spätestens 7. Dezember 2015 zusammen mit der Karte wieder an der Infotheke ab.

Die Geschenke werden in der

dann folgenden Zeit bis Weihnachten von den Eltern abgeholt bzw. – was nicht abgeholt werden kann – von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes ausgefahren. Die gesamte Aktion wird anonymisiert durchgeführt.



Landrätin Tanja Schweiger (links) mit Projektleiterin Iona Jungwirth beim Start der Aktion „Weihnachtswunderbaum“ im Foyer des Landratsamt-Hauptgebäudes.

Geschenkebesorger und –empfänger müssen nichts voneinander wissen.

Die Geschenke haben jeweils einen Wert zwischen 25 und 40 Euro und sind nicht gedacht als bloßer Geldbetrag, sondern als etwas „zum Anfassen“, also ein Spielzeug, ein Buch, eine CD oder....

Die Kinder und Jugendlichen im Alter von drei bis 15 Jahren wurden durch das Jugendamt mit Hilfe der Jugendsozialarbeiter an Schulen, der Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialdienstes, der Koordinierenden Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle sowie Vormündern ausgewählt.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Grundschule Gundremmingen:

Bundesweiter Vorlesetag

Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Gundremmingen hatten im Rahmen des Bundesweiten Vorlesetages zwei außergewöhnliche „Lehrer“ zu Besuch: Der für den Landkreis Günzburg zuständige Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Nüßlein und Bürgermeister Tobias Bühler nutzten die Gelegenheit, den Kindern aus dem Buch „Der kleine Nick“ von René Goscinny vorzulesen.

Damit wollten die beiden Politiker zeigen, wie wichtig Lesen für die Bildung junger Menschen ist. Initiiert wird der Vorlesetag jedes Jahr von der Stiftung Lesen, der ZEIT und von der Deutsche Bahn-Stiftung.

Nüßlein: „Vorlesen braucht Vorbilder, die Lesefreude vermitteln, Lesekompetenz fördern und so zur individuellen Bildung unserer Jüngsten beitragen. Das können die Eltern, Großeltern oder die Lehrer sein, aber auch mal Politiker, die sonst eher über andere Themen sprechen, die Sechs- bis Neunjährige noch nicht interessieren. Deswegen haben wir den deutschlandweiten Vorlesetag gerne zum Anlass genommen, den Grundschulern aus Gundremmingen Geschichten

vorzulesen, die Freude am Schmöckern machen.“

In einem offenen Gespräch konnten die Schüler außerdem persönlich geprägte Fragen an ihren Abgeordneten und ihren Bürgermeister stellen. Nüßlein und Bühler sahen in der Vorlesestunde in Gundremmingen einen Erfolg: „Am Leuchten der Kinderaugen und an ihrem gebanntem Blick konnten wir sehen, dass da eine große Lesebegierde vorhanden ist. Die müssen wir alle – Eltern, Lehrer, aber auch Personen des öffentlichen Lebens – wach halten. Das Potenzial an kleinen Leseratten ist auf jeden Fall da.“ Die Politiker stellten in Aussicht, die Aktion auch beim nächsten Bundesweiten Vorlesetag 2016 wiederholen zu wollen.

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 17. Dezember 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie, Breitband, Mobilfunk
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM Stadthalle Neusäß
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke – von Entwurf bis Umsetzung und mehr. The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel

Telefon 081 71.9307-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

NÜRNBERG 2015 KOMMUNALE
9. FACHMESSE UND KONGRESS FÜR KOMMUNALBEDARF
14./15. Okt. 2015
Messe Nürnberg www.kommunale.de
Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 0 93 38 89-0 | Fax 0 93 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de Bayern Labo

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem **KRENZER**
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!
Walter Krenzer GmbH & Co KG • Industriestraße 26 • 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 27 71/32 08-0 • E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de • www.krenzer-sitzmoebel.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 0 93 38 89-0 | Fax 0 93 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

23. Juni 2016
9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-energieforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
05326 / 502-0
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **5000er Star**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de